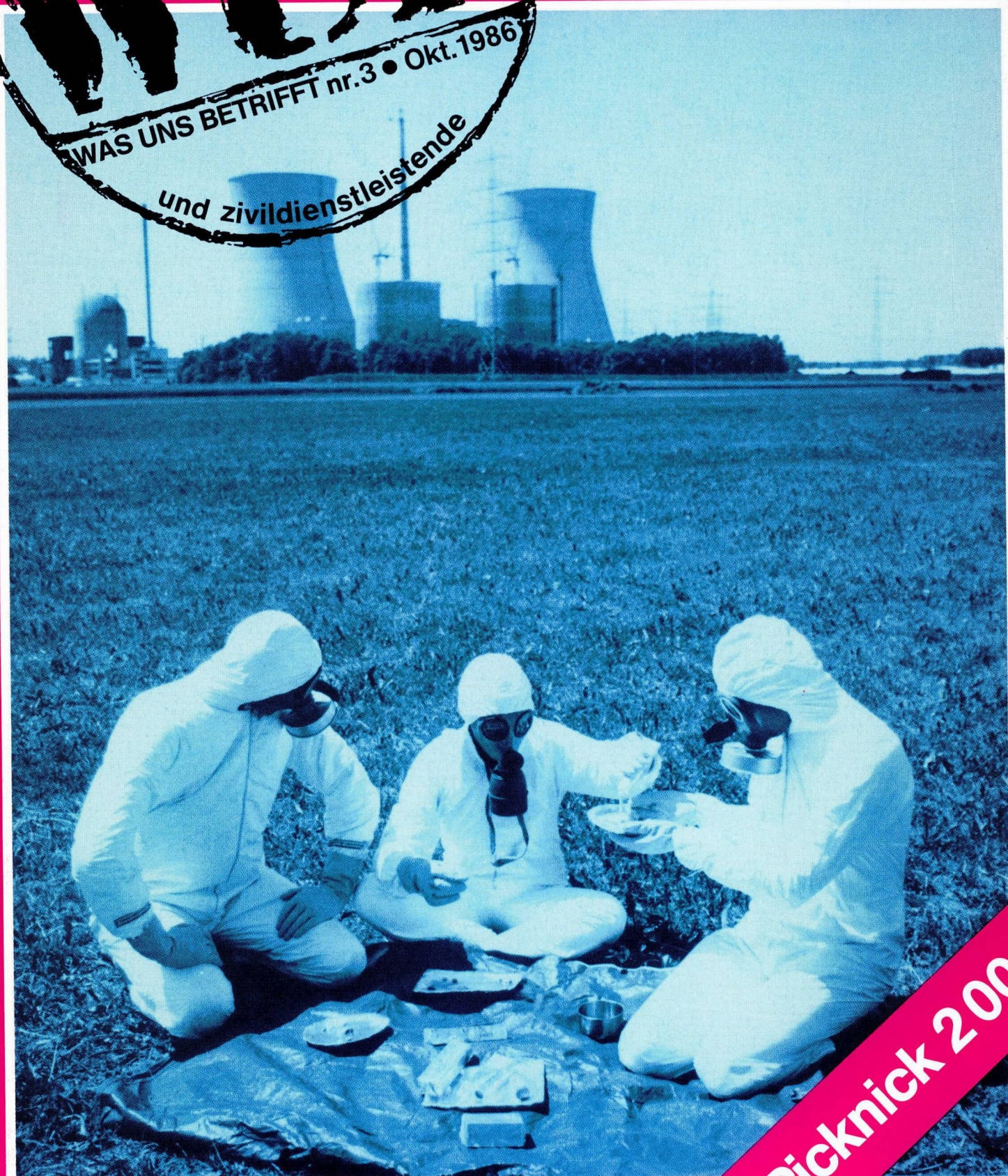




# ÖKOLOGIE und FRIEDEN



Picknick 2000



# ? Inhalt

**Im BLICKPUNKT**  
 Kriegsdienstverweigerung, ein unerwünschtes Grundrecht..... 3

**EINSCHREIBEN:**  
 Offener Brief an Manfred Wörner..... 7  
 WUB-Rätsel..... 8

**WUB-Thema:**

**Ökologie und Frieden**

Zielsetzungen christlicher Umweltethik – Was sagen und was tun die Kirchen?..... 10

Nach Wackersdorf geht man nicht! (Neben-)Wirkungen des Streits um die WAA, 1. Teil..... 12

Albert Schweitzer – ein Leben für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung..... 14

„Wie ein Spritzkuchen“ Vor 30 Jahren – Experimente mit Atombomben in Nevada..... 16

Mercedes-Blues Bundschuh gegen Daimler-Benz. . 18

Der Streit in der Familie WAA-(Neben-)Wirkungen 2. Teil..... 20

**Briefe**..... 21

**Was unser Recht betrifft**..... 22

**Info-Dienst**..... 23

**Schwarz auf Weiß**..... 25

**Buchtip**..... 26

Rüstzeiten / Werkwochen..... 28

Titelphoto:  
 Angelika Emmerling, Stuttgart



**Impressum:**

**WUB (WAS UNS BETRIFFT)** ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Im Auftrag der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) wird sie herausgegeben von: Pfarrer Helmut Schlüter (Köln), Pfarrer Friedhelm Schneider (Speyer), Diakon Theodor Ziegler (Karlsruhe).

**Redaktion:** Werner Schulz (verantwortlich)  
 Rosenbergr. 45, 7000 Stuttgart 1, Tel. (0711) 62 81 49

**Vertrieb:** Büro Pfarrer Schlüter, Kartäusergasse 9, 5000 Köln 1, Tel. (0221) 32 24 00  
 Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto WUB, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg (BLZ 350 601 90) Konto-Nr. 30 529

# Intern

Liebe Leser/innen,

„Picknick 2000“ hat unsere Titelfotografin Angelika Emmerling 1981 ihre Szenerie getauft. „Es ist traurig“, sagt sie heute, „aber eigentlich müßte ich die Jahreszahl umbenennen und 1986 draus machen. Ich hätte damals nie geglaubt, daß 20 Jahre zu optimistisch sein könnten.“

Seit der Katastrophe von Tschernobyl ist das Foto in der Tat gar nicht mehr so unreal. Wer am diesjährigen 1. Mai etwa ein Fest im Grünen feierte, der hätte wirklich gut daran getan, sich strahlensicher einzupacken.

Es scheint so, als würden mehr und mehr düstere literarische oder wissenschaftliche Phantasien und Visionen noch vor der magischen Jahreszahl „2000“ von der Realität eingeholt werden. Die Wirklichkeit ist nicht selten der Science-Fiction-Story sehr ähnlich geworden, und dieser Trend geht weiter.

Günther Anders, der 84jährige Wiener Philosoph und „professionelle Anti-Atom-Mann“, sieht bereits heute eine „breite Kluft zwischen dem Enormen, das wir anstellen können, und dem bißchen, was wir uns vorstellen können.“ Für ihn ist der Versuch, diese Diskrepanz zu überwinden, zu einer Frage des Überlebens geworden. „Wir haben es zu versuchen. Selbst dann, wenn wir den Wahrscheinlichkeitsgrad des Gelingens nicht hoch einschätzen.“

„Ökologie und Frieden“, der Titel unseres Schwerpunktthemas, könnte so gesehen auch ein Aufmacher für eine Science-Fiction-Geschichte sein, ausnahmsweise mal ein positiver Zukunftstraum. Die phantastische Vision von einem der hofft, daß dieser Planet beides noch irgendwann erleben darf: Frieden unter den Menschen und die Beilegung des Krieges gegen die Natur.

Wir sind nun aber auch diesmal mit unserem Thementeil auf dem realen Boden geblieben. Es war nicht leicht, die Schwerpunkte der Beiträge festzulegen. Worüber schreiben und worüber nicht?

Ein bißchen Frieden – ein bißchen Ökologie? Overkill auf Tschernobyl reimen? (Wie das Wolf Maahn so schmalzig geschafft hat).

Oder muß man – wenn es Frieden und Ökologie in Reinkultur schon nicht gibt – etwas über die Menschen in der Bewegung dorthin sagen? („Ökopax-Bewegung“ ist als Kunstwort bereits im Fremdwörterduden zu finden!)

Unsere Auswahl liegt vor Euch, und mir bleibt nur zu hoffen, daß die Themen Euch ansprechen.

Eine Sache, die in dieses Heft unbedingt hineingehört hätte, haben wir uns zur ausführlichen Diskussion auf eine spätere Ausgabe aufgespart: Umweltbelastung und -zerstörung durch Militär. Da käme einiges zusammen, nicht nur in Manöverzeiten. Wollte man allerdings der Bundesregierung Glauben schenken, dann wäre die Bundeswehr nicht nur die größte Friedensbewegung, sondern auch der beste Umweltschützer.

Aus der Antwort auf eine große Anfrage der GRÜNEN im Bundestag: „Übungsplätze haben sich aufgrund naturschützender Maßnahmen bereits teilweise zu Reservaten für bedrohte Tiere und Pflanzen entwickelt; dort haben sich Biotope gebildet, in denen eine große Anzahl geschützter Pflanzen und vom Aussterben bedrohter Tiere leben.“

Wir kommen darauf zurück.

Herzlichst  
 Euer Werner Schulz

Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDV und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden.

**Das Jahresabonnement (z. Zt. 4 Hefte einschl. Versand) kostet DM 10,-.** Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellschnitt auf der letzten Seite. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse.

**Gesamtherstellung und Layout:** windhueter kollektiv, Heinkelstr. 27, 7060 Schorndorf.  
**Nachdruck,** auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen und sonstigen Gebrauch hergestellt werden.  
 Auflage: 10.000.



## KRIEGSDIENST VERWEIGERUNG

### Ein unerwünschtes Grundrecht

Wolfgang Huber, Heidelberg\*



Prof. Dr. Wolfgang Huber ist Sozialethiker an der Universität Heidelberg und Kuratoriumsmitglied der FEST. Von 1983 bis 1985 war er Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages.

Foto: H. Lachmann

Die Heidelberger Thesen von 1959 enden mit der Feststellung, die in ihnen vorgetragene Erwägung könnten den gegenwärtigen Zustand nicht anders denn „als rasch vorübergehenden Übergang“ rechtfertigen. Und sie verbinden dies mit der Feststellung: „Das Kollektivbewußtsein ist nur zu wenigen und groben Bewegungen fähig. Das Gewissen und die Disziplin einzelner müssen ihm stets vorangehen.“ (Atomzeitalter, Krieg und Frieden S. 234). Mit diesen knappen Sätzen ist die wichtigste friedensethische Bedeutung der Entscheidung zur Kriegsdienstverweigerung

angedeutet: Sie trägt den Charakter der Vorwegnahme. Sie antizipiert (1) einen Zustand, der noch nicht besteht, der aber um des Friedens willen nötig ist – nämlich die Überwindung des Krieges als Institution. Wer den Kriegsdienst verweigert, läßt bereits jetzt für sich selbst eine Entscheidung gelten, von der er hoffen muß, daß sie einmal allgemein gelten wird: die Entscheidung nämlich, daß physische Gewalt kein mögliches Mittel für den Austrag internationaler Konflikte darstellt.

In der Bundesrepublik Deutschland ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung

durch das Grundgesetz geschützt. Es ist dort unmittelbar mit dem Recht auf Religionsfreiheit verknüpft (Art. 4 GG). Trotz dieser herausgehobenen Stellung der Kriegsdienstverweigerung muß man mit Rainer Eckertz feststellen, daß es sich bei ihr um ein „unerwünschtes Grundrecht“ handelt. Das kann man sich am einfachsten am Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz von 1983 und an dessen ausdrücklicher Bestätigung durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. April 1985 klarmachen (dazu Rainer Eckertz, Die Kriegsdienstverweigerung aus Gewis-



# Im Blickpunkt

sensgründen als Grenzproblem des Rechts, 1986). Diese Neuordnung gestaltet den zivilen Ersatzdienst als „lästige Alternative“ zum Wehrdienst aus und verlängert ihn diesem gegenüber um ein Drittel. Die Gewissensprüfung soll also im Normalfall dadurch vollzogen werden, daß der Betroffene bereit ist, sich der „lästigen Alternative“ zu unterziehen. In bestimmten Fällen kann freilich zusätzlich das bisherige Prüfungsverfahren hinzutreten. Das Bundesverfassungsgericht hat weder in der Verlängerung des Zivildienstes einen Verstoß gegen die ausdrückliche Bestimmung des Art. 12 a GG gesehen, wonach die Dauer des Ersatzdienstes die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen darf. Noch hat es in der Kombination von „lästiger Alternative“ und Prüfungsverfahren einen Verstoß gegen das Übermaßverbot erblicken können. Das aber bedeutet: Der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat – mit Ausnahme der beiden Richter Böckenförde und Mahrenholz – sich die Betrachtung der Kriegsdienstverweigerung als „unerwünschtes Grundrecht“ zu eigen gemacht.

## „Grundrechte sind für die Inhaber der Macht unbequem“

Nun sind Grundrechte in gewissem Sinn immer unerwünscht. Das gilt auch für einen relativ hochentwickelten Rechtsstaat wie die Bundesrepublik Deutschland. Auch für unsere Lage gilt: In dem Augenblick, in dem wir die Grundrechte als gesicherten Besitz ansehen, sind wir schon im Begriff, sie preiszugeben.

Grundrechte sind für die Inhaber der Macht unbequem und deshalb unerwünscht; sie müssen erkämpft werden. Vier Arten des Kampfes um die Grundrechte, der Erringung von Grundrechten will ich unterscheiden:

- die politische Auseinandersetzung und Durchsetzung,
- den gerichtlichen Grundrechtsschutz,
- den Widerstand,
- den Umsturz.

Die Grundrechte des Grundgesetzes sind das Ergebnis eines Umsturzes, der Befreiung vom Nationalsozialismus durch die Niederlage im Zweiten Weltkrieg. Die Befreiung vom nationalsozialistischen Regime vollzog sich durch einen Umsturz von außen, nachdem der Umsturz von innen mißlungen war. Gerade angesichts dieser Vorgeschichte des deutschen Grundrechtskatalogs sollte man in Erinnerung behalten, daß Grundrechte immer neu errungen und verteidigt werden müssen.

Mit dieser Entstehungsgeschichte hängt ein besonderes Merkmal des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung unlöslich zusammen. In der Verfassungsordnung ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht nur zeitlich

früher als die allgemeine Wehrpflicht, sondern ihr auch sachlich vorgeordnet. Die Kriegsdienstverweigerung wird der Religionsfreiheit und damit dem Kernbereich der Menschenrechte zugeordnet. Demgegenüber hat die Wehrpflicht erst durch die Notstandsgesetzgebung von 1968 Eingang in den Art. 12 a GG gefunden. Einen systematischen Ort im

## Regel und Ausnahme

Denn immer, wo Umfang und Art der Gewährleistung der Kriegsdienstverweigerung von derartigen wehr- und verteidigungspolitischen Erwägungen abhängig gemacht werden, kehrt sich das grundgesetzliche Verhältnis von Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung um: Die Wehrpflicht wird zur Regel, die Kriegsdienstverweigerung zur Ausnahme erklärt. Diese Umkehrung war allerdings von Anfang an in der Einrichtung

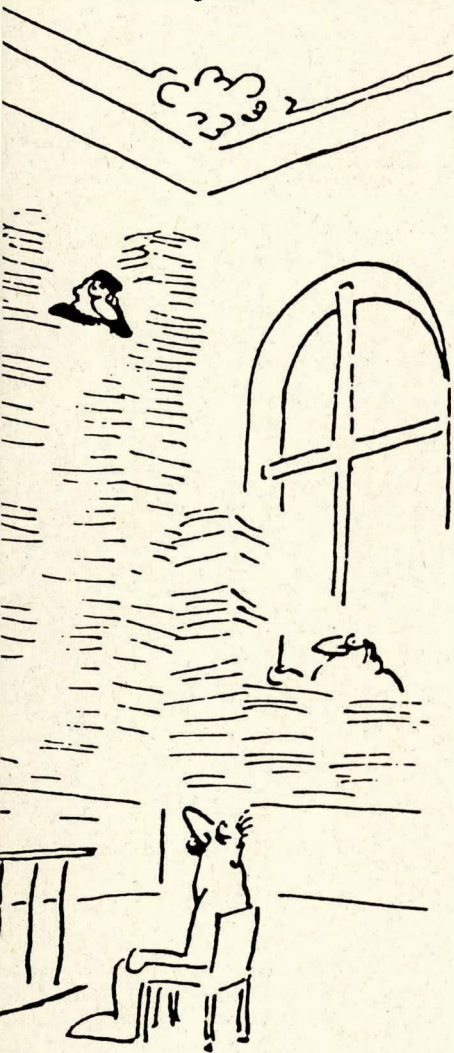


Rahmen der Grundrechte hat die allgemeine Wehrpflicht gerade nicht. Schon deshalb muß es als unzulässig, ja als verfassungswidrig erscheinen, wenn Gesichtspunkte der Wehrpflicht, der Wehrgerechtigkeit oder der Sicherheitspolitik („Verteidigungsfähigkeit“) zum Maßstab für die Gewährleistung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung gemacht werden.

eines besonderen Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer angelegt. Denn schon durch diese Einrichtung wurde die Einsicht gezeugt, daß der Wehrdienst in jedem Fall ein Gewissensproblem darstellt: nicht nur für den, der ihn verweigert, sondern auch für den, der ihn leistet. Jene Verhältnisbestimmung, wonach der Wehrdienst die Regel, die Kriegsdienstverweigerung die



Ausnahme darstellt, kam dann bei den Versuchen zur Novellierung des Kriegsdienstverweigerungsrechts mit aller unerwünschten Deutlichkeit heraus. Die beiden Kriegsdienstverweigerungsurteile des Bundesverfassungsgerichts von 1978 und 1985 stellen deshalb eine besonders massive Herausforderung evangelischer Friedensethik dar. 1978 habe ich selbst noch versucht, dazu eine Stellungnahme der Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung zu erwirken. 1985 erschien mir ein solcher Versuch als „hoffnungslos“. Ich sehe die Herausforderung an die evangelische Friedensethik in zweierlei Punkten: in der Aufkündigung der Komplementarität (2) und in der Deformation (3) des Gewissensbegriffs.



### Aufkündigung der Komplementarität

Die Komplementarität wird aufgekündigt, indem die Kriegsdienstverweigerung nicht etwa als diejenige Entscheidung angesehen wird, die einst wird die herrschende sein müssen und die deshalb besonderen grundrechtlichen Schutz verdient; vielmehr gilt die Kriegsdienstverweigerung als diejenige Aus-

nahme von der Regel, deren Vorliegen durch die erschwerten Bedingungen einer lästigen Alternative nachgewiesen werden soll. Ich füge hinzu: Es gehört zu den fatalen Zügen der gegenwärtigen Situation, daß die These von der Komplementarität von Waffengebrauch und Waffenverzicht heute von zwei Seiten als obsolet (4) betrachtet wird: eben nicht nur von denen, die sagen, angesichts der modernen Waffentechnik sei die Beteiligung an der Abschreckung keine für Christen noch mögliche Handlungsweise mehr, sondern auch von denen, die sagen, für jeden Staatsbürger und damit auch für jeden Christen müsse die Beteiligung an der Abschreckung als der Normalfall angesehen werden. Zwischen diesen beiden Positionen gewinnt die Komplementaritätsthese plötzlich wieder die Bedeutung eines Minimalkonsenses (5), den es um des Rechts der Kriegsdienstverweigerung willen zu verteidigen gilt.

### Deformierter Gewissensbegriff ...

Der § 1 des KDV-Gesetzes erläutert die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen dahingehend, der Kriegsdienstverweigerer müsse die „Beteiligung an jeder Waffenanwendung zwischen den Staaten“ ablehnen. Seitdem gilt in der Bundesrepublik nur die prinzipielle Kriegsdienstverweigerung als geschützt, die situationsbezogene dagegen als unzureichend. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Auffassung im Grundsatz bestätigt. Darin liegt eine Deformation des Gewissensbegriffs, die für evangelische Ethik unerträglich ist. Denn für den hier vorausgesetzten Gewissensbegriff sind zwei Momente charakteristisch: der Prinzipiencharakter und der Zwangscharakter. Das Gewissen ist an Prinzipien orientiert, die durch alle Situationen hindurch gleich bleiben; und das entscheidende Kennzeichen der Gewissensentscheidung wird darin gesehen, daß der einzelne sich durch den Spruch seines Gewissens zu einer Entscheidung gezwungen sieht, die für ihn ohne jede Alternative ist. Demgegenüber ist evangelisches Gewissensverständnis an zwei anderen Merkmalen orientiert. Es trägt antwortenden, responsorischen (6) Charakter und es zielt auf die freie Verantwortung des Menschen. Dabei verstehe ich den Begriff des „evangelischen“ Gewissensverständnisses nicht in einem konfessionalistischen (7) Sinn. Daß dazu kein Anlaß besteht, kann man sich daran verdeutlichen, daß das Sondervotum zu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1985 von einem prominenten Katholiken und einem prominenten Protestanten gemeinsam verfaßt wurde. Dem im Urteil vorherrschenden Gewissensverständnis haben Ernst-Wolfgang Böcken-

förde und Ernst Gottfried Mahrenholz gemeinsam widersprochen.

### ... paßt nur auf krankhafte Fälle

In der Tat fällt die in der Bundesrepublik gegenwärtig herrschende Lehre nicht nur hinter ein einigermaßen geklärtes evangelisches Gewissensverständnis, sondern auch hinter den Stand der katholischen Moralthologie zurück. Diese hatte in den fünfziger Jahren noch erklärt: Kriegsdienstverweigerung ist Ausdruck eines irrenden Gewissens. In der Entwicklung, die über das II. Vaticanum bis zum Hirtenbrief der amerikanischen Bischöfe führte, wurde diese Position überwunden. Die Kriegsdienstverweigerung gilt in der katholischen Moralthologie heute als eine sittliche Entscheidung genuinen (8) Rechts.

Die im Augenblick in der Bundesrepublik herrschende Grundrechtsinterpretation dagegen verfährt so, als sei die Inanspruchnahme des Art. 4,3 GG nur auf Grund eines irrenden Gewissens möglich. Deshalb wird der Gewissensbegriff so gefaßt, daß er eigentlich nur auf zwanghafte Persönlichkeiten paßt. Zum Kriegsdienstverweigerer in diesen Definitionen taugen nur pathologische (9) Fälle. Die Verlängerung des zivilen Ersatzdienstes soll dann sozusagen die Ernsthaftigkeit des pathologischen Befunds unter Beweis stellen. In eine solche Wirklichkeit hinein muß evangelische Friedensethik und eine ihr entsprechende kirchliche Praxis die These glaubhaft vertreten: In der Kriegsdienstverweigerung wird heute schon die Entscheidung vorweggenommen, die eines Tages die allgemein herrschende sein muß.

### Beeinflussung in der Schule

Nun sind wir in Baden-Württemberg dadurch in einer besonderen Lage, daß die gerade geschilderte „herrschende Lehre“ zur verbindlichen Grundlage des schulischen Unterrichts erklärt worden ist. Das geschah durch die Lehrplanrevision vom 10. Dezember 1982, die einen auf „Hirn, Herz und Hand“ abzielenden „erziehenden Unterricht“ forderte und bei den fächerübergreifenden Themen, zu denen „Friedenssicherung und Bundeswehr“ zählen, einen Unterricht forderte, der vor allem „Einstellung und Haltung“ beeinflussen soll. Dieser Ansatz fand dann seine praktische Umsetzung durch die Verwaltungsvorschrift vom 21. Juli 1983. Sie machte die Erklärung der CDU/CSU-regierten Länder vom 13. Juni 1983 zum Thema „Friedenssicherung und Bundeswehr im Unterricht“ zur verbindlichen Grundlage allen Schulunterrichts, in dem Themen



# Im Blickpunkt

des Friedens, der Sicherheit und der Bundeswehr behandelt werden. Diese Erklärung aber bestimmt den Auftrag der Schule dahingehend, sie habe „die Notwendigkeit und den Auftrag der Bundeswehr für die äußere Sicherung unserer Demokratie einsichtig zu machen“. Als Leitsatz dafür gilt die Aussage, „daß der Dienst in der Bundeswehr Friedensdienst ist“. Diese Aussage wird nicht einmal als normative (10) Zielbestimmung – daß der Dienst in der Bundeswehr Friedensdienst sein solle –, sondern als Beschreibung eines Zustands eingeführt. Der Dienst in der Bundeswehr wird auch nicht als ein Friedensdienst anderen Friedensdiensten zur Seite gestellt, sondern alternativenlos als Friedensdienst bezeichnet. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung kommt in diesen Anweisungen für den schulischen Unterricht fast gar nicht mehr vor. Es ist eben eine Ausnahme, die im Unterricht kaum erwähnt zu werden braucht. Auf die Klage von Heidelberger und Neckargemünder Eltern hin – darunter Professoren unserer Fakultät – hat das Verwaltungsgericht Karlsruhe am 25. Juli 1985 die Rechtmäßigkeit dieser Anordnungen des baden-württembergischen Kultusministeriums bestätigt. Es ist zu erwarten, daß diese Auseinandersetzung die Gerichte noch einige Zeit beschäftigen wird.

## Aus „Mut zur Erziehung“ wird Mut zur Indoktrination

Ich erwähne diesen Vorgang, um zu zeigen: die Betrachtung der Kriegsdienstverweigerung als unerwünschtes Grundrecht hat weitreichende Folgen. Sie können sich bis zum Versuch der Indoktrination (11) steigern. Den Hintergrund für die Vorschriften des baden-württembergischen Kultusministers bildet ja die Aktion „Mut zur Erziehung“, die unter Leitung des früheren Kultusministers Hahn vom Stuttgarter Ministerium aus gesteuert wurde. Inzwischen freilich wurde der Mut zur Erziehung zum Mut zur Indoktrination gesteigert. Heinz Eduard Tödt nennt vier Kennzeichen der Indoktrination: a) die einseitige Beeinflussung, nicht zuletzt mit Hilfe selektierter (12) Informationen (in diesem Fall: informiert wird nur über den Dienst in der Bundeswehr), b) die Simplifizierung (13) und Harmonisierung in sich strittiger Sachverhalte (in diesem Fall: der Dienst in der Bundeswehr ist Friedensdienst), c) die Veranlassung und Nötigung zur Identifikation (der Unterricht zielt nicht nur auf das Hirn, sondern auch auf das Herz der Schüler), d) die Ausschaltung oder Marginalisierung (14) des persönlichen Gewissens bei der Urteils- und Entschei-

dungsfindung (in diesem Fall: es wird nicht die Alternative in der Gewissensentscheidung herausgearbeitet).

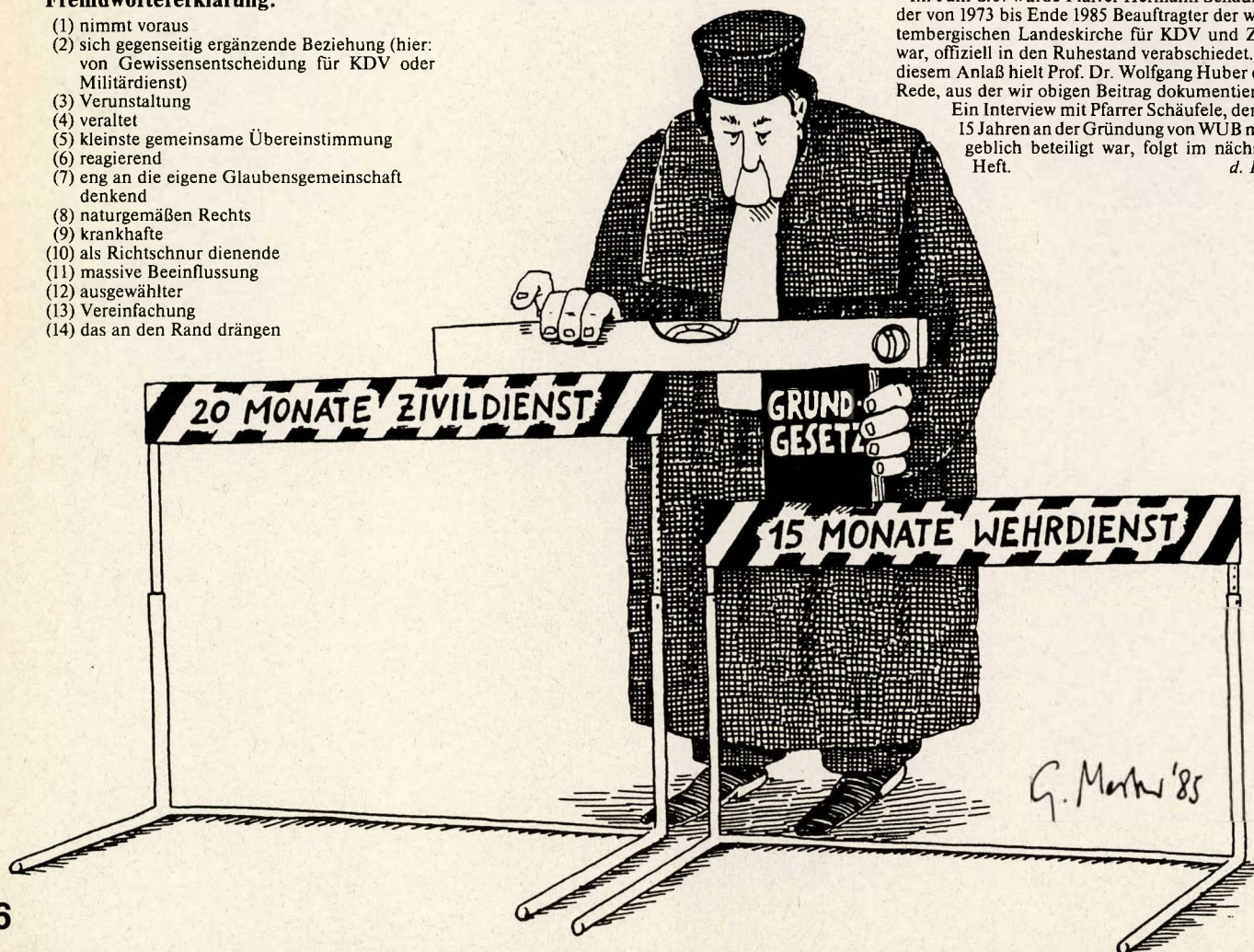
Gegenüber diesem Mut zur Indoktrination – der sich gelegentlich auch mit anderen Intentionen als den hier geschilderten verbinden kann – zielt evangelische Friedensethik auf die Befähigung zu freier Verantwortung. Der Weltfrieden ist notwendig. Doch für ihn eintreten können nur Menschen, die den Mut haben, sich ihrer Freiheit zu bedienen. Indoktrination verhindert und beschädigt den Frieden, selbst wenn sie in seinem Namen durchgeführt wird. Im übrigen zeigen die geschilderten Vorgänge die Wahrheit einer Einsicht, die uns in Kants Entwurf zum ewigen Frieden begegnete. Der im Innern eines Staates durchgeführte Rechtszustand ist eine entscheidende Voraussetzung für dessen Friedensfähigkeit nach außen. In diesem Fall heißt die Folgerung aus dieser kantischen Einsicht: Die Entscheidung zur Kriegsdienstverweigerung antizipiert den Zustand einer Überwindung des Kriegs, ein Ziel, das wir alle ethisch wie politisch anstreben müssen. In der Art, wie sie das Recht auf Kriegsdienstverweigerung schützt, läßt eine Gesellschaft deshalb auch erkennen, wie ernst ihr das Ziel einer Überwindung des Krieges als Institution wirklich ist. ☉

### Fremdwörtererklärung:

- (1) nimmt voraus
- (2) sich gegenseitig ergänzende Beziehung (hier: von Gewissensentscheidung für KDV oder Militärdienst)
- (3) Veranstaltung
- (4) veraltet
- (5) kleinste gemeinsame Übereinstimmung
- (6) reagierend
- (7) eng an die eigene Glaubensgemeinschaft denkend
- (8) naturgemäßen Rechts
- (9) krankhafte
- (10) als Richtschnur dienende
- (11) massive Beeinflussung
- (12) ausgewählter
- (13) Vereinfachung
- (14) das an den Rand drängen

\* Im Juni d. J. wurde Pfarrer Hermann Schäufele, der von 1973 bis Ende 1985 Beauftragter der württembergischen Landeskirche für KDV und ZDL war, offiziell in den Ruhestand verabschiedet. Bei diesem Anlaß hielt Prof. Dr. Wolfgang Huber eine Rede, aus der wir obigen Beitrag dokumentieren.

Ein Interview mit Pfarrer Schäufele, der vor 15 Jahren an der Gründung von WUB maßgeblich beteiligt war, folgt im nächsten Heft.  
d. Red.





# EINSCHREIBEN



Foto: A. F. Müller

Unterschriften

## Offener Brief an Manfred Wörner

Günter Kaßberger  
Oberleutnant der Reserve  
Hofgasse 20  
7441 Unterensingen 18. Mai 1986

9. Geburtstag von Fabian, dem jüngsten meiner drei Söhne, denen ich eine Zukunft ohne atomare Bedrohung wünsche.

Herrn  
Bundesminister der Verteidigung  
Dr. Manfred Wörner *Einschreiben*  
5300 Bonn

Herr Minister!

**Es ist genug.**

Die Art und Weise, wie die Bundesregierung auf die Katastrophe von Tschernobyl und deren Folgen reagiert hat, hat mich bis ins Innerste erschüttert und mir endgültig vor Augen geführt, welchen Stellenwert die Würde des Menschen für diese Regierung besitzt.

Seit Jahren müssen wir Menschen in diesem Land erdulden, daß

- eine Umweltzerstörung ungeheuren Ausmaßes unsere Lebensgrundlagen und die kommender Generationen aufs Spiel setzt
- atomar und chemisch immer mehr aufgerüstet wird, obwohl der Herr Bundeskanzler unserem Volk vor der letzten Wahl verstärkte Friedensbemühungen „durch immer weniger Waffen“ versprochen hat
- gigantomanische Großprojekte wie Atomkraftwerke, atomare Wiederaufbereitungsanlagen, Main-Donau-Kanal, Bahn- und Fernstraßentrassen mit unumkehrbaren negativen ökologischen Folgen gegen die richtigen Einsichten und den Willen der betroffenen Bürger durchgesetzt werden
- uns ein sogenanntes Restrisiko zugemutet wird; d. h. beim atomaren GAU werden uns sämtliche Lebensgrundlagen entzogen
- besorgte und über den Tag hinausdenkende Bürger verhöhnt und verunglimpft, ja der Konspiration mit dem außenpolitischen Gegner verdächtigt werden und dadurch Rechtsempfinden und Demokratieverständnis bei vielen Menschen schweren Schaden nehmen
- die Gefühle von Frauen und Müttern verletzt werden

- Werte von den Regierenden und den sie tragenden Parteien systematisch unterhöhlt werden und nur noch das zählt, was möglichst viel Geld und Einfluß bringt
- mit dem Namen Gottes und Jesu Christi Schindluder getrieben wird
- Gottes Schöpfung massiv bedroht wird durch all die den Naturkreislauf schädigenden Stoffe und neuerdings die Gen-Manipulation
- aufrechte Soldaten, die mutig gegen den atomaren Wahn aufstehen, gedemütigt und mundtot gemacht werden sollen
- unsere Regierung Bündnistreue von uns verlangt und Einsicht für die Handlungen des amerikanischen Präsidenten, der in Cowboy-Manier in Lateinamerika und weltweit seine Vorstellung darüber, was gut und böse ist, durchsetzt
- im Konfliktfall Baden-Württemberg das Zielgebiet französischer Atomraketen ist und unsere Regierung nichts tut, um dies zu verhindern
- bei uns mit massivem Gift-Einsatz Nahrungs-Überschüsse erzeugt und mit Steuergeldern vernichtet werden, während in der 3. Welt die Menschen verhungern müssen
- wir die Länder der 3. Welt in eine tod- und verderbenbringende Schuldabhängigkeit gebracht haben und sie darin gefangenhalten
- weltweit menschenverachtende Diktaturen durch unsere Regierung gestützt werden unter völliger Mißachtung der tatsächlichen Bedürfnisse der betroffenen Völker.

Dies alles ertrage ich nicht länger.

Ich erkläre hiermit bei allem noch vorhandenen Respekt vor Ihnen als Mensch, vor Ihrem Amt und vor der Autorität unserer Regierung: Mit meiner Geduld können Sie nicht mehr länger rechnen. Ich will meiner Frau und meinen Kindern auch weiterhin in die Augen sehen können. Ich will nicht hinnehmen, in einer Welt zu leben, die mit Worten wie Sachzwang, Grenzwert, Halbwertszeit, Becquerel, rem, rad und ähnlichem beschrieben werden muß. Ich will in einer Welt leben und an ihrem Aufbau arbeiten, in der die Menschen frei von den schrecklichen Bedrohungen unserer Zeit friedlich ihren Geschäften nachgehen können, sich freuen an den Schönheiten der Schöpfung und an den

Ergebnissen menschlicher Schöpferkraft.

Ich habe im Jahr 1967 als Soldat geschworen, „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, so wahr mir Gott helfe.“

Ich fühle mich an diesen Schwur im bisherigen Sinne nicht mehr gebunden. Ich habe das Vertrauen, daß auch die Regierung treu unserem Land dient sowie Recht und Freiheit des Volkes schützt, durch die Ereignisse der letzten Tage und Wochen verloren. Ich bin davon überzeugt, daß diese Regierung alles fördert, was die Reichen noch reicher und die Bedrohten noch hilfloser macht, daß diese Regierung ihrem Amtseid zuwiderhandelt.

Ich bin weiterhin bereit, dem deutschen Volk treu zu dienen und sein Recht und seine Freiheit tapfer zu verteidigen. Ich bin allerdings der Auffassung, daß ich dies auch mit anderen Mitteln erreichen kann als dadurch, als Artillerieoffizier durch meine Feuerkommandos Menschen anderer Völker zu töten oder zu verstümmeln.

Vor allem kann ich nicht länger mit dem Gedanken leben, den Befehl zum Abschuß von A-, B- oder C-Geschossen weiterzugeben. Der Gedanke, einen anderen Menschen als Feind zu betrachten oder ihn gar zu töten, ist mir so unerträglich geworden, daß er mir körperliche und seelische Qualen bereitet.

Ich bin erschüttert und schäme mich über die Entwicklung, die unser geliebtes Vaterland seit der Chance des Neuanfangs 1945 genommen hat. Besserung kann ich mir nur vorstellen, wenn wir alle das Übel radikal, also an der Wurzel packen.

Ich verkenne nicht, daß diese von mir nicht länger gutzuheißende Entwicklung bereits lange vor Ihrem Regierungsantritt begonnen hat. Was mich jedoch besonders traurig macht und meinen Entschluß reifen ließ, ist die Tatsache, daß in den letzten Jahren das Tempo des Verderbens zugenommen hat, obwohl mehr Erkenntnisse und Einsichten denn je über die verheerenden Folgen dieser Politik und Warnungen maßgeblicher Wissenschaftler (ich nenne hier nur den Namen Carl Friedrich von Weizsäcker) vorliegen.

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, daß ich Ihnen hiermit den Gehorsam aufkündige und ab sofort den Wehrdienst verweigere. Ich bitte Sie, ein Anerkennungsverfahren einzuleiten. Wehrpaß und Erkennungsmarke füge ich bei.

Ich werde diesen meinen Entschluß der Öffentlichkeit durch Bekanntgabe dieses Schreibens zur Kenntnis bringen.

Ich sende Ihnen zum Schluß trotz allem freundliche Grüße (zur Hochachtung reicht es beim besten Willen nicht mehr).

Günter Kaßberger

Anm. d. Red.: Bis Redaktionsschluß lag dem Absender keine Antwort der Handt...



Die beiden Hauptgewinner des WUB-Rätsels Nr. 2/86 sind:

1. Preis: (S. Lenz, Exerzierplatz) Thomas Kamps Wendelinstr. 13 5100 Aachen  
 2. Preis: (H. J. Schultz, Liebhaber des Friedens) Bernd Dubon Nibelungenstr. 51 8000 München 19

Die Gewinner der WUB-Abos (3.-10. Preis) werden von uns schriftlich benachrichtigt.  
 Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß beim Lesen!

Lösungswort auf Postkarte schreiben und unter lesbaren Absenderangabe an:

Redaktion WUB - Werner Schulz Rosenbergr. 45 7000 Stuttgart 1 schicken.

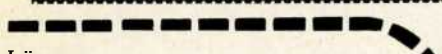
Einsendeschluß ist der 1. Dezember 1986 (Poststempel)

Unter den richtigen Einsendungen werden (unter Ausschluß des Rechtsweges) folgende Preise verlost:

**1. Preis: H. Hesse, Gesammelte Romane und große Erzählungen in 8 Bänden**

**2. Preis: E. Koch u. a.: „Entgiften“ Was jeder zu Hause tun kann**

**3.-10. Je ein WUB-Frei-Abo für das erste Jahr nach dem Zivildienst**



Lösung

1	2	3	4	5	6	7	8	9
10	11	12						
13	14	15						
16	17	18	19	20				

Was ich noch zu sagen hätte:


---



---



---



# 3/86 Rätsel

Gesucht wird eine Motivation zu ökologischem Handeln

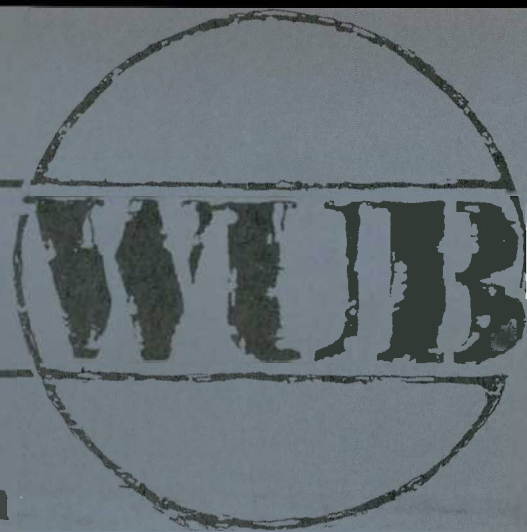
wichtiges Element	aktuelle Bedrohung	Zusammenbruch	Olymp. Gremium (Abk.) veraltetes Geldstück	Verteid. Organis. Kfz.-Kz. f. Ulm	amerik. Land Behältnis	europ. Hauptstadt	gr. Wasserfläche Vorname eines Umweltministers
Tierlaut	jt. Minister	Weinernte	DDR-Pressedienst	Ordensfrau Kennzeichen		Tierpark	Kfz.-Kz. f. Stgt.
Abk. f. Landkreis	engl. zu	Abk. f. Mister	Akust. Umweltbelästigung		engl.: auf	Waffenarten (Abk.) Großmütter	Zeit der Wiederkunft Christi
Tier Kfz.-Kz. f. Ra-statt	Filmempfindlichkeit Kfz.-Kz. f. Trier	Die Lehre von der Umwelt	Schlange Milchprodukt	engl.: gehen	naturbelasener Bereich	weibl. Vorname lat.: zu päd. Methode (Abk.) Eigenschaft des Regens	We-sens-einheit
verrückt	ewig	verwesendes Tier	Skat-Ausdr.	seichtes Meer altertüml. Musik	Verbrechen	engl.: unten	Abk. f. Ge-wichts-einheit
Bio-Frühstück	wichtiges Eigenschaft	griech. Buchstabe	Baum	Haus-haltsges-rät	Satan	ital. Fluß	Abk. f. Atomfabrik europ. Hauptstadt
Pflanzen-trässl. Frauenname	Erban-lagen-träger (Mz.)	engl.: ein	Vor-seise	Körperteil	Abk. f. Landeskri-minalamt	Defekt Bewohner eines Erd-teils	Behältnis
Lokal	franz. hier	Abk. einer kommunistischen Partei	Kfz.-Kz. f. Stadthagen	Abk. f. Landeskri-minalamt	Körperteil	franz.: eine Abk. f. Manus-kript	Abk. f. Frau
Ausruf	Tier	Mäd-chen-name	Flä-chen-maß	Kunst-leder	Baustoff	Kfz.-Kz. f. Ru-mänien	franz. Artikel

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!



# THEMA

## Ökologie und Frieden



Kein Friede unter den Menschen  
ohne Frieden mit der Natur.  
Kein Friede mit der Natur  
ohne Frieden  
unter den Menschen.

Carl Friedrich von Weizsäcker

Fotos: M. Storz





# Zielsetzungen christlicher Umweltethik- Was sagen und was tun die Kirchen?

Von Günter Knebel, Bremen

Der Raubbau des Menschen an der Natur ist alt. In der Schule hat man davon gehört, daß schon die alten Griechen die damals wohl noch vorhandenen Wälder ihres Landes dem (Kriegs-)Schiffbau geopfert und darüber das Aufforsten vergessen haben. Seitdem sind weite Teile des Landes steinreich geworden und die dort lebenden Menschen arm geblieben. Ein antikes Beispiel für die Folgen verantwortungslosen Umgangs mit den Gaben der Schöpfung, welche frühe 'Realpolitiker' für politische und wirtschaftliche Zwecke meinten ausbeuten zu dürfen?

Wer könnte kompetenter an solche Sünden erinnern als die christlichen Kirchen?

Allerdings: die knappe Darstellung der hier besprochenen Stellungnahme der beiden Kirchen kann und will eine umfassende Analyse der Ursachen und deren Verantwortlichkeiten nicht bieten. Auch eine gewichtige Rangordnung wird abgelehnt. Anstelle dessen wird jedem Leser anheim gestellt, „selbst zu beurteilen, wie weit er für die Ursachen mitverantwortlich ist.“

## Auf der Suche nach den Ursachen

In vier Komplexe wird das Problem-bündel zergliedert: weltanschauliche, strukturelle, konzeptionelle, sozialpsychologische und moralische Ursachen.

Verworfen wird zunächst ein Naturverständnis, „das den Menschen in falscher Weise in den Mittelpunkt stellt, die Natur als bloßes Objekt betrachtet“ und menschliche Fähigkeiten zur Erhaltung des Lebens überschätzt.

Generelle Technikfeindlichkeit sowie die blinde Fortschrittsgläubigkeit, die „ökologische Schäden zugunsten ökonomischen Wirtschaftens und industriellen Wachstums bedenkenlos in Kauf nimmt“, werden problematisiert.

Bei den strukturellen Ursachen wird die Komplexität der Probleme betont, die nur durch Zusammenarbeit und Kooperation aller wirtschaftlichen Disziplinen auf internationaler Ebene reduziert werden kann. Zielkonflikte, z. B. zwischen Arbeitslosigkeit und Umweltschonung, aber auch zwischen dem „Zweck der Betriebe, Erträge zu erwirtschaften“ und „notwendiger Umweltvorsorge“ konkretisieren die konzeptionellen Ursachen. Bei den sozialpsychologischen und moralischen Ursachen wird davon ausgegangen, daß sich Menschen willentlich, wenn auch nicht immer wissentlich, ihrer Verantwortung entziehen: Durch kollektive Verdrängung der Probleme aus dem Bewußtsein, Verharmlosung, Nicht-Wahrhaben-Wollen, Nicht-Verstehen-Wollen, Anspruchsdenken, Trägheit und Bequemlichkeit; nicht zuletzt auch

Seit fast zweitausend Jahren wird Politik in weiten Teilen der Welt durch christliche Impulse mehr oder weniger stark mitgestaltet. Daher darf eine gemeinsame Erklärung der beiden großen Kirchen unseres Landes zur gegenwärtigen Umweltkrise und ihrer Bewältigung besonderes Interesse beanspruchen. „Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung“ ist der programmatische Titel der gemeinsamen Stellungnahme des Rates der Evang. Kirche und der Deutschen Bischofskonferenz. Diese Art Denkschrift erschien 1985 in zweiter Auflage. Was wird dort zu den Ursachen der Umweltprobleme gesagt? Welche Folgerungen werden gezogen, um dem anspruchsvollen Titel gerecht zu werden?



Foto: M. Storz

durch Machtmißbrauch, der die Lösung von Umweltproblemen verhindert und zu militärischen Konflikten führt, die größte Umweltzerstörungen bewirken.

Wie wahr! Aber was ist mit der Ver(sch)wendung jener ungeheuren materiellen und geistigen Ressourcen, die allein das Wettrüsten Tag für Tag nützlichen Zwecken entzieht? Nach einer so auf Ausgewogenheit bedachten Ursachenaufzählung schreckt es den Leser geradezu auf, wenn daran anschließend festgestellt wird: „Bloße Kurskorrekturen reichen längst nicht mehr aus.“

Das Ergebnis der dann folgenden Bestandsaufnahme bisheriger Lösungsversuche und Fehlentwicklungen lautet zusammengefaßt:

Die Ausbreitung der Schäden verläuft rascher als die Ursachen angegangen und die Schutzmaßnahmen entwickelt

werden. Eine dramatische Aussage, die durch den Blick auf die sehr junge Geschichte des Umweltschutzes noch an Tragweite gewinnt. Erstaunen ruft daher der zwischen den Zeilen hervorlugende Zeigefinger gegenüber „alternativer Subkultur“ hervor, erst recht, wenn zugleich zugestanden wird, „daß nicht selten hinter mancher Voreingenommenheit und ideologisch bestimmten Akzenten eigenwilliger Gruppen eine entscheidend wichtige Teilwahrheit und damit eine realistische Teilwahrheit lag“.

## Vom Umgang mit der Schöpfung

Von entscheidender Bedeutung für die Stellungnahme der christlichen Kirchen ist die Aufnahme der biblischen Bot-



schaft. Im Alten Testament gibt Gott als der Schöpfer allen Lebens den Menschen den Auftrag, die Schöpfung zu gestalten und zu bewahren. Diese verantwortliche Verbundenheit des Menschen mit allem Lebendigen erhält durch die Christusbotschaft des Neuen Testaments eine endzeitliche Zielsetzung: Die Hoffnung der Auferstehung schafft Hoffnung für die ganze Welt, in die die nichtmenschliche Kreatur miteinbezogen ist.

Die theologischen Folgerungen der Erklärung führen zur Forderung nach Umkehr auf den eingefahrenen Wegen, die sich beim Weiterbegehen als Sackgasse erweisen könnten, an deren Ende die Vernichtung aller Schöpfung real wird. Dementsprechend mündet das gemeinsame Wort der Kirchen in Forderungen für ein grundsätzlich neues Denken und Handeln:

1. Ein neuer Lebensstil, der jeden einzelnen zur Umweltmitverantwortung beruft, muß zur gesellschaftlichen Norm werden. Wie das?

Jeder einzelne muß lernen, daß auch sein Verhalten Gewicht hat: „Ohne eine Wandlung des Verhaltens des einzelnen kommt es nicht zu einem umfassenden Lernvorgang in unserer Gesellschaft.“ Der neue Lebensstil ist gekennzeichnet von einer bescheidenen und maßvollen, ja zum Verzicht bereiten Lebensweise:

„Es geht nicht darum, anspruchsloser, sondern im Blick auf die Vielfalt und Reichhaltigkeit unserer gesamten Umwelt anspruchsvoller zu leben. Es geht nicht darum, durch 'Konsumverzicht' die Kreisläufe der Wirtschaft zu lähmen, sondern durch *kritisches Verbraucherverhalten* neue Akzente zu setzen.

**Es geht nicht darum, anspruchsloser, sondern im Blick auf die Vielfalt und Reichhaltigkeit unserer gesamten Umwelt anspruchsvoller zu leben.**

Zu diesem Verhalten gehört: das Erkennen ökologischer Zusammenhänge, die Einübung neuer Verhaltensweisen, die Änderung eingefleischter Entsorgungsgewohnheiten (Reduzierung und Sortierung von Müll!), die Bereitschaft, ggf. teurere, aber umweltfreundliche Produkte zu kaufen, das Praktizieren von Mitmenschlichkeit (auch gegenüber der sog. 3. Welt) und das Engagement als mündiger Staatsbürger. Zum Engagement wird angemerkt, daß es „sich freilich von sektiererischen und skurrilen Auswüchsen freihalten sollte“. Aber: Wer bestimmt, was

„sektiererische und skurrile Auswüchse“ sind? Gab und gibt es nicht sehr „skurrile“ (=befremdliche) Auswüchse im Denken und Handeln der Mehrheit? Die Umweltkrise selbst führt das vor Augen!

2. All diese handlungsbetonten Forderungen, die sich an jeden Bürger richten, werden auch als Aufforderung an die eigene Adresse verstanden: Entsprechende Bildungsbemühungen, Beratungsarbeit und glaubwürdige Umsetzung dieser Lernziele gelten auch für die Kirchen selbst.

3. Gezielt an staatliche Adressen ergeht die Anregung, das Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ um eine ökologische Komponente zu erweitern. Der Gedanke einer ökologischen Verpflichtung wird nachhaltig vertreten, „Auflagen und Sanktionen bei umweltschädigendem Verhalten nicht ausgeschlossen.“ Nur über eine Änderung der wirtschaftspolitischen Ziele und entsprechende politische Entscheidungen können die Strukturen, Rahmenbedingungen und somit auch das Handeln der Menschen geändert werden. Der traditionelle Zielkatalog der Wirtschaft (Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, angemessenes Wachstum und gerechte Einkommensverteilung) soll um ein sechstes Ziel „Erhaltung der natürlichen Umwelt“ erweitert, d. h. aus dem sogenannten 'magischen' Fünf- ein Sechseck werden. Die gleichwertige Zuordnung dieses Zieles wird auch dadurch unterstrichen, daß Umweltverstöße nach dem Verursacherprinzip geahndet werden sollen: Wer die Umwelt belastet, muß für die Folgen einstehen. Ob aber alle Folgen (finanziell) entschädigt werden können? Immerhin: Warum sollen nicht Produkte, deren Herstellung die Umwelt belastet, so teuer werden, daß ihre Absatzchancen und damit die Produktionen geringer werden?

## Selbstkritik der Kirchen

Zielsetzungen christlicher Umweltethik wären unvollständig, würden sie nicht selbstkritisch jene Verkürzungen der christlichen Ethik ansprechen, die die Kirchen an den umweltpolitischen Fehlentwicklungen haben mitschuldig werden lassen: „Wir Christen haben uns vielfach dem Zeitbewußtsein und dessen Abwertung der natürlichen Umwelt unkritisch angepaßt und darüber die Lehre von der Schöpfung faktisch verkürzt“. Das Bemühen, sich in Abkehr davon zum Anwalt der Natur und ihres Eigenwertes zu machen, können die Kirchen spätestens seit Anfang des vorigen Jahrzehnts belegen: Durch Bildungsarbeit in Instituten, Akademien, Thematisierung in kirchenge-meindlicher Arbeit und Berücksichtigung dieser Aspekte in möglichst vielen Arbeitsbereichen dieser gesellschaftlichen Großorganisationen, durch Einrichtung besonderer Arbeitsstellen für kirchliche Umweltschutzbeauftragte und durch das Eintreten für den Auf- und Ausbau „alternativer Technologien und Lebensformen“, Förderung von (Ausbildungs-)Berufen und Stellen zur Verwirklichung umweltpolitischer Ziele und (wirtschafts-)wissenschaftlicher Bemühungen, Instrumente einer „ökologisch verpflichteten sozialen Marktwirtschaft“ zu entwickeln.

Ob die sittliche Verantwortung, die christlicher Glaube verlangt und freisetzen kann, auch über den Kreis der Gläubigen hinaus plausibel, einladend verkündigt und damit annehmbar gemacht wird, wird in erster Linie am beispielhaften Verhalten der Kirchen und Gemeinden selbst gemessen. Die alltägliche Praxis der Christen wird zeigen, ob die Zielsetzungen christlicher Umweltethik angenommen werden und zur Umkehr aus der Umweltkrise Wege weisen, die andere mitzugehen bereit sind. ☉

## Strom ohne Atom – leben ohne Angst

Unter dieser Überschrift hat die Zeitschrift „Publik-Forum, Zeitung kritischer Christen“ ein 8-seitiges Sonderblatt herausgegeben, das als Handlungsappell für eine „sofortige und machbare Energiewende“ verstanden werden will. Die Zeitung ist das Herzstück einer großen Kampagne, die den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie zum Ziel hat. Die Herausgeber: Aktion Sühnezeichen/Frauen für den Frieden/Friedensdienste, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Katholische Jugendbewegung (KLJB), Komitee für

Grundrechte und Demokratie, Leserinitiative Publik e.V., Öko-Institut Freiburg.

Aus dem Inhalt:

- Was eine Kinderärztin und Strahlentexpertin sagt.
- Das Märchen der Atomlobby.
- Was passiert, wenn abgeschaltet wird?
- Sieben Schritte zur Energiewende.
- Die Kosten.
- Falsche Behauptungen der Atomlobby.

Die Zeitung ist gedacht als Verteilschrift „an alle Haushalte“ (Aufl. inzwischen über 600 000) und kann zu einem gestaffelten Bezugspreis bestellt werden bei: Publik-Forum Verlagsgesellschaft, Postfach 700 771, 6000 Frankfurt 70, Tel.: 069 / 61 03 36



# NACH WACKERSDORF

## GEHT MAN NICHT!

### Vom christlichen Widerstand und seinen Folgen

Von Karl Kirch, Nabburg

Mit zwei Beiträgen greifen wir in dieser WUB das Thema Wackersdorf auf. Es geht uns dabei ausdrücklich nicht um eine Diskussion der Pro- und Contra-Seiten, sondern uns interessiert speziell die Frage, wie sich dieser erbitterte Streit auf die direkt betroffenen Menschen in den Gemeinden vor Ort auswirkt. Der folgende Beitrag und der Artikel über den „Streit in der Familie“ auf Seite 20 sind persönliche Zeugnisse von und über betroffene und engagierte Menschen, die sich nicht nur um die Gefahren der Atomspaltung Sorgen machen, sondern auch um die Spaltung der menschlichen Gemeinschaften. Und die hat im Wackerland schon lange begonnen.

Der Protest der Oberpfälzer Bevölkerung gegen die WAA ist von Anfang an von Christen beider Konfessionen mitgetragen worden und geht in seiner Argumentation wesentlich von christlichen Überlegungen aus. Die Pfarrer, Theologen und Laien, die diesen christlichen Protest formulierten und organisierten, fanden sehr bald Zustimmung in der Bevölkerung. Die ökumenische Zusammenarbeit hat sich dabei problemlos ergeben. Inzwischen hat sich eine feste ökumenische Basisgemeinde gebildet, die sich jeden Sonntagnachmittag am Franziskus-Marterl nahe am WAA-Bauzaun zu ihren Andachten trifft. Gleichgültig, welches Wetter herrscht, ob Urlaubszeit ist oder nicht, die Zahl der Besucher dieser Andachten bleibt konstant zwischen hundert und zweihundert. Der Anteil der Auswärtigen ist dabei recht hoch. Immer wieder kommen neue christliche Gruppen aus der ganzen BRD und Österreich zu diesem „ökumenischen Wallfahrtsort“. Die Bayerische Staatsregierung, CSU und Polizei sehen diese „christliche Agitation“ nur ungerne. Für Franz Josef Strauß ist das, was dort gesungen, gepredigt und gebetet wird schlechthin ein „Teufelswerk“, und die böswillige Behauptung, daß die Gewalttätigkeiten am

Zaun die Billigung dieser christlichen Gemeinde fänden, ja zum Teil sogar von dieser mitgetragen würden, wird ständig wiederholt.

### Der Graben wird tiefer

Die Kirchenleitungen dulden das „Treiben“ dieser ökumenischen Basisgemeinde mehr oder weniger ungerne. Die Ortsgemeinden in der Umgebung nehmen die neue Konkurrenz nicht zur Kenntnis. Für die katholischen Geistlichen ist das Thema WAA tabu. Darüber wird nicht gesprochen. Katholische Christen, die aus christlich-moralischen Gründen die WAA ablehnen, finden in ihren Ortsgemeinden keinerlei Unterstützung und Verständnis. Von ihrem Bischof, der bisher jedes Gespräch mit WAA-Gegnern ablehnte, fühlen sie sich im Stich gelassen. Etwas anders ist die Situation in den wenigen und kleinen evangelisch-lutherischen Gemeinden. Viele evangelische Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter sind engagierte Gegner der WAA und aktive Gemeindeglieder der Basisgemeinde am Franziskus-Marterl. Aber auch in ihren Ortsgemeinden wird das Thema WAA nur selten und sehr behutsam angesprochen. Die



Zeichnung: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt / Gerold Heiser

Angst ist groß, daß sich in den Gemeinden die Spaltung zwischen Befürwortern und Gegnern der WAA noch mehr vertieft und eine Zusammenarbeit beider Gruppen immer schwieriger wird. Diese Angst ist berechtigt, der Graben zwischen beiden Lagern wird tiefer.

### Ein Streit um das richtige christliche Verhalten

Solange der WAA-Konflikt nur ein reiner Meinungsstreit war, war die Spaltung noch ertragbar, war das Gespräch unter Christen noch möglich. Seit der 1. Teilerrichtungsgenehmigung durch die Bayerische Staatsregierung und seit Baubeginn ist das anders. Seitdem hat dieser Konflikt eine andere Qualität und ein anderes Thema. Seit Baubeginn ist aus dem Meinungsstreit über die Atomkraft und die Entsorgung der AKW ein Streit über das richtige christliche Verhalten gegenüber Gesetz, Recht und Staat geworden. Während die einen verlangen, daß man die „rechtmäßige Entscheidung“ der „demokratisch legitimierten Regierung“ akzeptieren müsse, sprechen die anderen seitdem von „Widerstand“. Darf man als Christ in einer Demokratie Widerstand leisten?



Darf man sich gegen den „Willen der Mehrheit“ stellen? Welches Verständnis von Staat und Demokratie haben wir Christen? Um diese Fragen dreht sich neuerdings der Streit, und dieser Streit wird zunehmend härter. Je länger dieser Konflikt andauert, desto unversöhnlicher und verletzender wird er ausgetragen. Auch die Unpolitischen fühlen sich jetzt durch den Widerstand herausgefordert. Hier werde der Name Christi mißbraucht, und die Gemeinde werde durch das Hineintragen von politischen Kontroversen zerstört.

## Die Teekanne im Hüttendorf

Die Mitglieder eines kirchlichen Frauenkreises sind darüber empört, daß ihr Pfarrer eine Teekanne aus dem Pfarrheim dadurch mißbräuchlich verwendete, daß er damit Tee ins Hüttendorf brachte, um die „Chaoten“ zu versorgen. Die Frauen von Polizeibeamten sind empört über die christlichen Widerständler, die durch ihr „Treiben“ angeblich Leben und Gesundheit ihrer Männer gefährden – zumindest aber deren Urlaub gefährden und durch den nun vermehrt nötigen Sonntagsdienst der Beamten deren Familienleben zerstören. JU und Schülerunion beobachten sorgfältig das „Treiben der Staatsgegner“ an den Schulen und zeigen kritische Lehreräußerungen zur WAA dem Kultusministerium an. Wer vom „Widerstand“ spricht, gilt als Gegner des

Rechtsstaates und der Demokratie. Anonyme Telefonanrufer und Briefschreiber drohen mit ernstesten Konsequenzen, und alte Bekannte grüßen einander nicht mehr. Manche Polizeibeamte meiden den Gottesdienst, wenn ihr Pfarrer als WAA-Gegner gilt – von anderen bekannten WAA-Gegnern (sprich: Chaoten) distanziert man sich – wenn möglich auch ganz öffentlich. Wer zum Baugelände geht, gleichgültig, ob zum Waldspaziergang, zur Demo oder

nischen Andacht am Franziskus-Marterl geht, der bekennt sich zu einer neuen Gemeinschaft, zur Basisgemeinde, die im Namen Jesu Nein sagt zu den Plänen der Herrschenden, der bekennt sich zu einem anderen Gottesdienst, zu einer anderen Theologie. Nicht zum allmächtigen Herrschergott beten sie dort, sondern zum leidenden, gedemütigten, verhöhten Gekreuzigten. Bei ihrem Widerstand gegen den Atomstaat und gegen eine Gesellschaft, der die „Mehr-



Sonntägliche Andacht am Franziskus-Marterl

Foto: J. Kirch

zum ökumenischen Gottesdienst, der stellt sich außerhalb der bürgerlichen Norm. Für die „gute Gesellschaft“, für die Etablierten und für die, die auf jene zu hören gewohnt sind, gilt das Baugelände als verbotener Ort, als eine tabuisierte Zone, als eine Art Vorhölle, in der Schlimmes geschieht, wo die freie demokratische Grundordnung zerstört wird und wo die Chaoten hausen. Nach Wackersdorf geht man eben nicht! Das gehört sich nicht! „Einer, der nach Wackersdorf geht“ – das ist im Volksmund bereits ein Starrkopf, Besserwisser und Nörgler, also einer, der den Fachleuten widerspricht.

## Woher stammt die Kraft der Schwachen?

Auf der anderen Seite – bei den Gegnern der WAA ist es fast schon ein fester Brauch, „nach Wackersdorf zu gehen“. Wer einmal an einem oder gar an zwei Sonntagen verhindert ist, dorthin zu gehen, bekommt schon so etwas wie Entzugerscheinungen. Wer es unter der Woche aushält, als stadtbekanntester WAA-Gegner zu gelten, der braucht doch zumindest am Sonntag das Gespräch und die Gemeinschaft mit Gleichgesinnten, der braucht wohl auch das Gebet. Wer am Sonntag zur ökume-

heitsbeschlüsse“ als unantastbar gelten, haben sie die Wahrheit des paulinischen Wortes erfahren: Meine Kraft ist in den Schwachen mächtig. Allen Verdächtigungen und Drohungen zum Trotz wollen sie durchhalten und ohne Gewalt, wenn möglich auch ohne Wut, werden sie zum Ärger der Frommen auch weiterhin dem atomaren „Turmbau zu Babel“ ihren Widerstand entgegenstellen.

Wir möchten darüber hinaus auch gesprächsbereit bleiben – und wir wären auch bereit, unsere eigenen Positionen zu überprüfen. Aber ob uns dieser Brückenschlag über den WAA-Graben hinweg gelingen kann, müssen wir immerhin selbstkritisch in Zweifel stellen. Zu schwer nagen an uns die Empörung über die Lügen und Verdrehungen der WAA-Betreiber, die Enttäuschung über das Verhalten der Medien und der Öffentlichkeit und die Angst vor den uns angedrohten Konsequenzen. Das alles läßt Ärger und Bitterkeit aufkommen, das alles macht es schwer, Verständnis und Geduld aufzubringen. Beides aber ist zum Brückenbau nötig – und unsere Gemeinden brauchen diesen Brückenschlag, auch unsere Republik braucht diese Brücke, denn die Alternative zu ihr wäre nur Resignation oder der Bürgerkrieg. Beides fürchten wir. Beides darf nicht geschehen. ☉

Foto: J. Kirch





Wenn Albert Schweitzer ungefiltert, als Warner vor kolonialer Ausbeutung und atomarem Wahnsinn zu Wort käme, sicher fände er dann nicht die ungeteilte Zustimmung, die man sich für harmonische Festakte wünscht. Wie hätte in jener Festversammlung der Pazifist Schweitzer wohl auf die gewirkt, die den Vertretern militärischer Friedenssicherung an unseren Schulen den absoluten Vorrang einräumen?

*„In dieser Zeit, wo Gewalttätigkeit in Lüge gekleidet so unheimlich wie noch nie auf dem Throne der Welt sitzt, bleibe ich dennoch überzeugt, daß Wahrheit, Liebe, Friedfertigkeit, Sanftmut und Gütigkeit die Gewalt sind, die über aller Gewalt ist. Ihnen wird die Welt gehören, wenn nur genug Menschen die Gedanken der Liebe, der Wahrheit, der Friedfertigkeit und der Sanftmut rein und stark und stetig genug denken und leben.“*

(Albert Schweitzer, 1924)

## Schweitzers Lebensweg

1875 in Kaisersberg (Elsaß) geboren, wächst Schweitzer in der Geborgenheit des elterlichen Pfarrhauses in Günsbach auf. Nach dem Abitur studiert er Theologie, Philosophie, Musik und absolviert die Ausbildung zum ev. Pfarrer. Eine verheißungsvolle Laufbahn als Universitätslehrer und geschätzter Orgelspieler steht ihm offen. – Im Alter von 30 Jahren überrascht Schweitzer mit der Absicht, als Urwaldarzt nach Afrika zu gehen. Er beginnt das Studium der Medizin, das er 1913 mit seinem dritten Dokortitel abschließt. Im selben Jahr steigt er aus seiner wissenschaftlichen Karriere, aus dem gewohnten Lebenskreis: Mit seiner Frau verläßt er Europa, um in Lambarene (im heutigen Gabun) eine Krankenstation aufzubauen und als Arzt tätig zu werden.

Schweitzers Aufenthalt in Lambarene wird bis zu seinem Tod (1965) immer wieder unterbrochen durch ausgedehnte Vorlesungen, Vortrags- und Konzertreisen in Europa; 1954 nimmt er in Oslo den Friedensnobelpreis entgegen.

In einer Predigt im Jahre 1905, also noch vor seiner Abreise nach Afrika, nimmt Schweitzer Stellung zum Ausbeuterverhalten, das das europäische Mutterland gegenüber seinen Kolonien an den Tag legt: *„O diese vornehme Kultur, die so erbaulich von Menschenwürde und Menschenrechten zu reden weiß und die diese Menschenrechte und Menschenwürde an Millionen und Millionen mißachtet und mit Füßen tritt, nur weil sie über dem Meere wohnen, eine andere Hautfarbe haben, sich nicht helfen können ...*

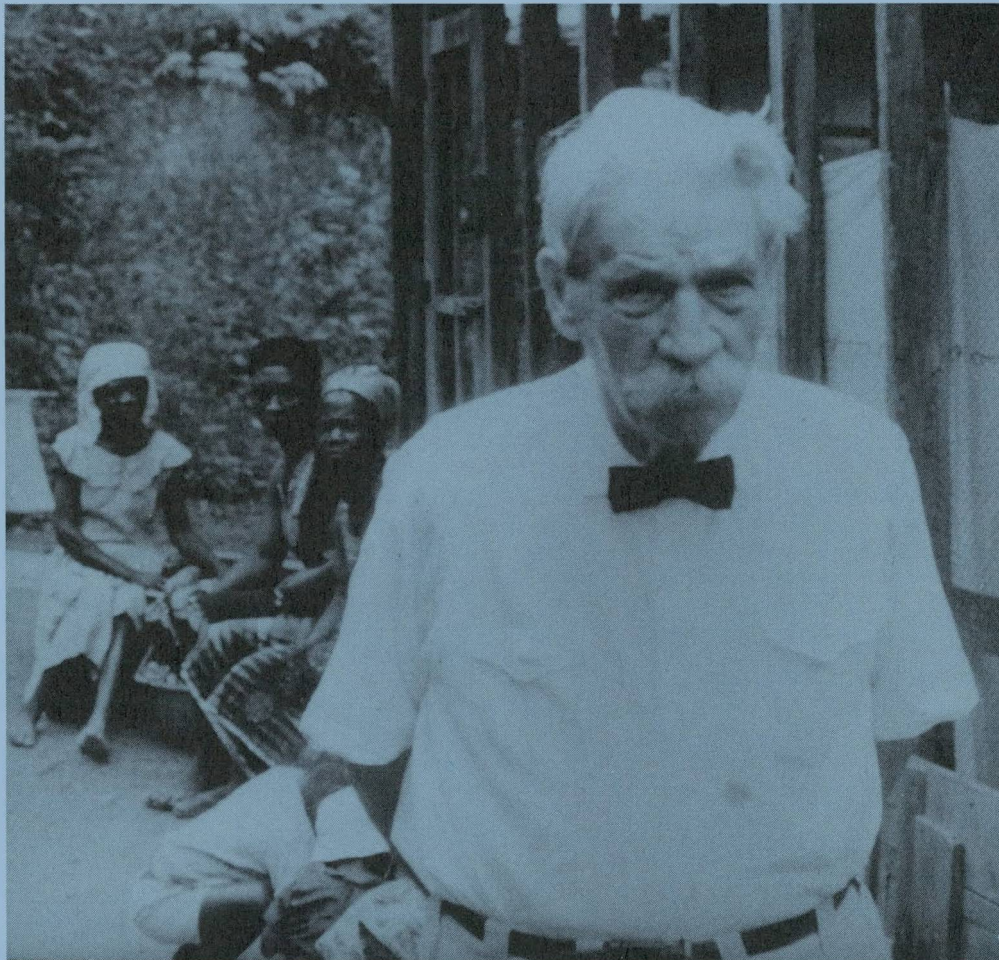
*... unser Christentum werde zur Lüge und Schande, wenn nicht alles, was draußen begangen, dort gesühnt wird und nicht für jeden Gewalttätigen im Na-*

# Albert Schweitzer – ein Leben für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Von Friedhelm Schneider, Speyer

„Albert Schweitzer maßgebendes Vorbild einer Schule“ lautet die Überschrift des vor mir liegenden Presseberichts. Ich lese weiter: Zum Jubiläum des beschriebenen Albert-Schweitzer-Gymnasiums haben geladene Gäste aus Kirche und Staat in wohlgesetzten Worten die Leistungen der Schule gewürdigt und dabei Bezüge hergestellt zum Lebenswerk des prominenten Namensgebers: Albert Schweitzer, dem großen Menschenfreund, der den Grundsatz „Ehrfurcht vor dem Leben“ geprägt hat – ihm ist man verpflichtet ...

Mir gehen Fragen durch den Kopf. Kann sich wirklich auf Albert Schweitzer berufen, wer den gebildeten Humanisten und Tropenarzt auf einen Sockel hebt, den kritischen Theologen und Atomwaffengegner aber verschweigt?



Dr. Schweitzer bei einem Rundgang durch das Urwaldhospital im März 1965 (Foto: dpa)

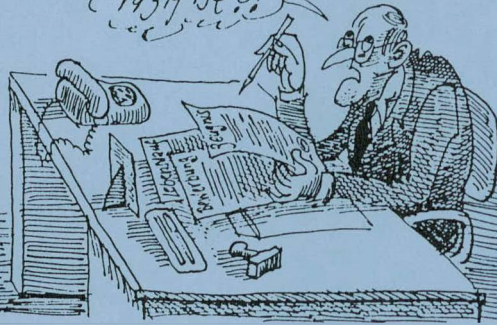
*men Jesu ein Helfer im Namen Jesu kommt, für jeden, der etwas raubt, einer, der etwas bringt, für jeden, der flucht, einer, der segnet.“*

Schweitzer nimmt in dieser Rede vorweg, was ihn veranlassen wird, nach Afrika zu gehen: Er wird im Namen Jesu ein Helfer sein, ein Gegengewicht bilden zu den Gewalttaten, die unter christlichem Deckmantel begangen worden sind. Mit anderen Worten hat er später gesagt: *„ ... ich bin nach Lambarene gekommen, um mein Leben zu meinem Argument zu machen.“*

Die heutige Diskussion um Gerechtigkeit und Frieden, die Suche nach Schritten zur Lösung der Nord-Süd-Problematik verliefte hoffnungsvoller, wenn sie von Schweitzers Versöhnungsprogramm begleitet würde: *„ ... für jeden Gewalttätigen im Namen Jesu ein Helfer im Namen Jesu ...“* – für jede Untat der christlichen Kolonialgeschichte eine Wohltat christlicher Entwicklungshilfe – für jede Million, die unser Rüstungsetat der Bekämpfung des Hungers entzogen hat, eine Million zur Selbsthilfe der „fernen Nächsten“ ...



Auf der Albert-Schweitzer-Schule wären Sie? Wohl Pazifist?!



## Ehrfurcht vor dem Leben

Während der Kahnfahrt zu einem Krankenbesuch (1915) geht Schweitzer der Begriff auf, der von da an den Schlüssel zu seinem ganzen Denken bilden soll: Ehrfurcht vor dem Leben. Unkompliziert und allgemeingültig formuliert er: „Gut ist: Leben erhalten, Leben fördern, entwicklungsfähiges Leben auf seinen höchsten Wert bringen. Böse ist: Leben vernichten, Leben schädigen, entwickelbares Leben niederhalten.“ Gegenüber der Gefühllosigkeit, die die rauhe Wirk-

lichkeit notwendig zu machen scheint, betont Schweitzer „das Miterleben des anderen Lebens“, die „ins Grenzenlose erweiterte Verantwortung gegen alles, was lebt“. Ausgangspunkt des Denkens muß die Erkenntnis sein: „Ich bin Leben, das leben will, inmitten von Leben, das leben will.“

Schweitzer lehnt es ausdrücklich ab, in seiner Ethik der Ehrfurcht vor dem Leben den Unterschied zwischen höherem und niederem, zwischen wertvollem und weniger wertvollem Leben zu machen. „Im Gefolge dieser Unterscheidung kommt dann die Ansicht auf, daß es wertloses Leben gäbe, dessen Schädigung und Vernichtung nichts auf sich habe. Unter wertlosem Leben werden dann, je nach den Umständen, Arten von Insekten oder primitive Völker verstanden ...“ (1931). Die Verantwortung der Menschen muß auch das nicht-menschliche Leben einbeziehen; sie darf nicht losgelöst werden von dem ökologischen Kreislauf, in den wir eingebunden sind – eine Erkenntnis, die sich erst Jahrzehnte nach Albert Schweitzer durchzusetzen beginnt ...

„Alles, was du tun kannst, wird in Anschauung dessen, was getan werden sollte, immer nur ein Tropfen statt eines Stromes sein; aber es gibt deinem Leben den einzigen Sinn, den es haben kann, und macht es wertvoll.“ (1919)

## Kampf dem Atomtod!

Mit der Entgegennahme des Friedensnobelpreises (1954) beginnt Albert Schweitzer, seine Stimme öffentlich zur Gefährdung des Weltfriedens zu erheben. In seiner Osloer Rede „Das Problem des Friedens in der heutigen Welt“ weist er auf zwei Fehleinschätzungen hin, die den Ersten Weltkrieg möglich gemacht haben: Man nahm erstens an, wegen des Fortschritts der Waffentechnik sei nur mit einem kurzen Krieg zu rechnen.

Zweitens glaubte man, der Krieg sei ein erträgliches Übel, nachdem in der Genfer Konvention eine humane Behandlung der Gefangenen und die weitgehende Schonung der Zivilbevölkerung festgelegt waren. Beide Annahmen führten zu einer verharmlosenden Sicht des Kriegsgeschehens, die letztlich den Ausbruch des Krieges begünstigte. Eine ähnliche Entwicklung läßt sich beobachten, wo heute von der Möglichkeit eines „begrenzten Atomkriegs“ und der Sicherheit durch „Zivilschutz“ geredet wird. ...

In seiner Nobelpreisrede führt Albert Schweitzer mahnend aus: „Wir haben uns in den letzten Kriegen grausiger Unmenschlichkeit schuldig gemacht und würden es in einem kommenden noch weiter tun. Das darf nicht sein.“

Über Radio Oslo wendet sich Schweitzer in der Folgezeit (1957/58) viermal an die Weltöffentlichkeit: Er for-

dert eindringlich die Beendigung aller (bis dahin oberirdischen) Kernwaffenversuche und den Verzicht auf Atomwaffen. Der erste Appell schildert zu Beginn nüchtern die Auswirkungen radioaktiver Strahlung – 29 Jahre vor Tschernobyl: „Wenn uns immer wieder von amtlicher und nichtamtlicher Seite versichert wird, daß eine festgestellte erhöhte Radioaktivität der Luft noch nicht über das hinausgehe, was der menschliche Körper ohne Schaden ertragen könne, so ist dies ein Vorbeireden an dem Problem. ... Keine Radioaktivität der Luft, die durch die bei Explosionen entstandenen radioaktiven Elemente verursacht wurde, ist so geringfügig, daß sie nicht auf Dauer durch Bereicherung dieser Elemente in unserem Körper sich zu einer Gefahr für uns auswachsen kann. ...“ (23.4.1957) – Der zweite Appell Schweitzers greift ein Jahr später dieselbe Fragestellung auf: „Fort und fort redet man uns von einem ‘erlaubten Maximum der Bestrahlung’. Wer denn hat es erlaubt? Wer denn ist befugt, es zu erlauben?“ (28.4.1958)

Durch seine öffentlichen Aufrufe hilft Schweitzer, die Stimmung mit vorzubereiten, die 1963 als ersten Schritt das Moskauer Teststopp-Abkommen ermöglicht: Großbritannien, USA und Sowjetunion verpflichten sich auf das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser.

Aus Schweitzers letztem Rundfunkappell sei abschließend ein Abschnitt zitiert, der – wie so viele Aussagen Schweitzers – auch heute noch unveränderte Aktualität und Gültigkeit besitzt: „Zur Zeit haben wir die Wahl zwischen zwei Risiken. Das eine besteht in der Fortsetzung des unsinnigen Wettrüstens in Atomwaffen und der damit gegebenen Gefahr eines unvermeidlichen und baldigen Atomkrieges, das andere in dem Verzicht auf Atomwaffen und in dem Hoffen, daß Amerika, die Sowjetunion und die mit ihnen in Verbindung stehenden Völker es fertigbringen werden, in Verträglichkeit und Frieden miteinander zu leben. Das erste enthält keine Möglichkeit einer gedeihlichen Zukunft. Das zweite tut es. Wir müssen das zweite wagen.“ (30.4.1958)

Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung sind die Themen, zu denen eindeutige und gemeinsame Aussagen der christlichen Kirchen gefordert sind. Das Lebenswerk Albert Schweitzers zeigt die Richtung an, in der solche Aussagen zu suchen sind.

### Taschenbücher zum Weiterlesen:

Albert Schweitzer: Die Ehrfurcht vor dem Leben. Grundtexte aus fünf Jahrhunderten, München 1984 (Beck'sche Schwarze Reihe 255); ders.: Friede oder Atomkrieg, München 1984 (Beck'sche Schwarze Reihe 241); ders.: Aus meinem Leben und Denken, Fischer-Taschenbuch 5040  
Harald Steffahn: Albert Schweitzer, Reinbek 1979 (rororo Bildmonographie 263)



**ZB**  
**ILLUSTRIERTE**  
Für Menschen im Atomzeitalter



19. Juli 1957:  
Atomrakete  
über Nevada

# „Wie ein Spritzkuchen“

## Vor 30 Jahren: Experimente mit Atombomben

Von Werner Schulz

Wenige Wochen nach der Katastrophe in Tschernobyl gingen „beruhigende“ Meldungen durch die deutsche Presse, wonach die radioaktive Belastung aufgrund der atmosphärischen Atombombentests in den 50er und anfangs der 60er Jahre höher gewesen sei, als jetzt nach dem Super-Gau in der Ukraine. Neueste Untersuchungen aus den USA dementieren dies allerdings: es sei womöglich 50 % mehr radioaktives Cäsium durch Tschernobyl in die Atmosphäre gelangt, als bei allen Atomwaffentests zusammen.

WUB dokumentiert im folgenden einen Augenzeugenbericht über einen solchen Test, bei dem sich Militärs freiwillig in der Gefahrenzone aufhielten.

Der Beitrag, den wir im Originaltext abdrucken, entstammt der Zeitschrift „ZB. Eine populäre Zeitschrift für Menschen im Atomzeitalter, die einzige Luftschutzillustrierte der Welt.“

Sie erschien im Sept. 1957 und wurde vom Bundesluftschutzverband e. V. in Köln herausgegeben.



19. Juli 1957.  
7 Uhr morgens:

**Die fünf Männer in amerikanischen Offiziersuniformen starren gebannt in den Himmel.**

Dort zieht ein einsames Flugzeug seine Kreise, ein Düsenjäger vom Typ F-89 Skorpion. Die Sonne sticht. Ringsum Sand und Geröll – die Wüste von Nevada.

Oberst Sidney Bruce räuspert sich, wirft einen schnellen Blick auf die Armbanduhr.

„Gleich ist es soweit“, murmelt Major Hughes, der Jüngste der Gruppe. „Nur fünfzehn Sekunden noch ...“ Seine Stimme klingt heiser. Die Hand fährt unwillkürlich an den offenen Hemdkragen.

Major Luttrell, der lange Texaner, zuckt mit den Schultern.

Im Flugzeug machen sie in diesem Augenblick eine Atomrakete, Sprengkraft etwas weniger als 20 000 Tonnen TNT (Trinitrotoluol, hochexplosiver Sprengstoff), zum Abschluß fertig.

Unten Totenstille. Die Offiziere sehen, wie das Flugzeug abdreht. Sie wagen kaum zu atmen ...

Dann ein leises Zischen, wie beim Abschluß einer Feuerwerksrakete.

Wo das Flugzeug kreiste, in 5 000, in 6 000 Meter Höhe, ein grelles, weißes Licht!

„Der Blitz ...!“ Irgend jemand schreit es: „Die Detonation ...!“ Ein leises Grollen.

Das Licht wächst, verwandelt sich rasend, unheimlich schnell zum Feuerball. Die Männer schließen die Augen. 15, 20 Sekunden lang ist der Himmel in Feuer getaucht. Die Sonne verblaßt.

Dann ist eine grauschwarze Wolke da. Wie ein Spritzkuchen sieht sie aus. Ganz anders als der „Pilz“ bei früheren Atomversuchen.

Keiner der Männer sagt etwas. Soldaten mit Geigerzählern kommen heran. Oberst Bruce macht eine unbestimmte Handbewegung: „Sie wollen feststellen, ob wir radioaktiv sind.“

Doch bald können die fünf aulauten. Der Geigerzähler bestätigt: Es ist alles gut gegangen. Die gefährlichen radioaktiven Strahlen haben sie verschont. Etwas fast Unglaubliches ist geschehen. Fünf Männer haben genau unter dem Sprengpunkt einer Atomrakete gestanden – und nichts ist ihnen passiert.

Der äußere Anlaß zu diesem bemerkenswerten Experiment war eine taktische Überlegung:

Nehmen wir an, es sind feindliche Flugzeuge eingeflogen. Sie halten sich in Höhen von 5 000 bis 7 000 Metern, wollen Bodenziele, eine Stadt, wichtige Industrieanlagen, Truppenverbände angreifen. Der Verband wird von Radar erfaßt, gemeldet. Ist es nun möglich, zur Luftabwehr atomare Waffen einzusetzen, ohne Menschen, Wohn- und Industrieanlagen des Gebietes, in dem der Luftkampf stattfinden wird, zu gefährden?

„Meine Herren“, sagt einer der maß-

gebenden Physiker. „Sie müssen sich den Ablauf so vorstellen: Die Detonation geschieht über einem Luftkissen von mehreren tausend Metern Dicke. Dieses Kissen federt. Es drückt die Gewalt der Sprengung nach oben und nach der Seite ab. Wer und was sich unter dem Sprengpunkt befindet ist sicher, vollkommen sicher. Druck, Hitze und tödliche Strahlung werden nicht durchschlagen. Luft ist nämlich eine handfeste physikalische Wirklichkeit, ihr Verhalten läßt sich berechnen ...“

Nun gibt sich die praktische und zweifelsüchtige Vernunft ungern mit beruhigenden Zahlen und Formeln zufrieden, die für Nichtfachleute nur unbewiesene Behauptungen sind. Die Atomfurcht steckt uns allen in den Knochen. Es müßte der Menschheit schlagend und überzeugend dargetan werden, daß richtig gerechnet wurde. Man könnte Meßgeräte einbauen, natürlich, aber die gemessenen Werte könnten nur Fachleute überzeugen.

Da bleibt nur eins, sagten die Offiziere. Wir werden das Experiment wagen. Freiwillig, versteht sich. Glück's – gut. Dann hat die Luftabwehr ein Geschöß, das einen ganzen Verband bemannter oder unbemannter feindlicher Flugzeuge, ehe sie Schaden tun, erledigen kann. Glück's nicht ...

Immerhin, es ist geglückt. Der Mut von fünf Männern hat in einem Punkt wenigstens aus blinder Atomangst eine vernünftige, berechenbare Gewißheit gemacht.

Die Reportage in der „Luftschutzzillustrierten“ endet hier. Auf den folgenden Seiten lächeln Mannequins in den neuesten Perlon-Unterkleidern oder demonstrieren „Praktisches für den Haushalt“. Die Geschichte der überirdischen Atomwaffenversuche ging natürlich weiter, nicht nur in Nevada.

Seit der totalen Zerstörung Hiroshimas und Nagasakis am 6. bzw. 9. Aug. 1945 bis zur Unterzeichnung des Teilstoppabkommens von 1963 (in dem sich die USA, die UdSSR und Großbritannien auf ein Verbot von Tests in der Atmosphäre, im Weltall und unter Wasser einigten) fanden weltweit 1 492 überirdische Atomtests statt. Frankreich und China haben diesen Vertrag nicht unterzeichnet. Frankreich zündete weiter bis 1974, (nach 1963 noch 41 mal) und China sogar bis 1980 (weitere 22 mal). Auch in Indien und Südafrika hielten es die Machthaber für nötig, der Welt ihre grausame Potenz zu beweisen (1974 bzw. 1977).

Aus der „vernünftigen, berechenbaren Gewißheit“, von der der Reporter aus Nevada berichtete, ist – wie wir heu-

te wissen – tausendfacher Tod und qualvolles Leiden geworden. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß auch die „fünf freiwilligen Helden“ vom 19. Juli 1957 an Leukämie, Lungen- oder Lymphdrüsenkrebs gestorben sind.

Die Ende der 70er Jahre in den USA gegründete „Nationale Vereinigung zur Untersuchung von Strahlenopfern“ schätzte 1980 allein die Zahl der US-Bürger, die durch Atomtests in der Wüste Nevada gesundheitliche Schäden davongetragen haben auf rund eine Million. Die wenigsten dieser Geschädigten haben sich jemals freiwillig für Versuche gemeldet. Von 1946 bis 1962, so schätzte die Kommission der Strahlenopfer, sind mindestens 250 000 US-Soldaten absichtlich radioaktiver Strahlung ausgesetzt worden.

Auf einem „Hearing für Strahlenopfer“ meldeten sich 1980 in New York die Army-Veteranen und Anwohner der Testgebiete erstmals zu Wort. Sie kämpften bis heute für eine Entschädigung und medizinische Versorgung. Meist erfolglos, wie eine Teilnehmerin des Hearings berichtete, deren Ehemann 1957

an einem Test beteiligt war und in der Folge davon an Lymphdrüsenkrebs gestorben ist: „Man findet keine Befehle mehr, die die Männer zu den Tests schickten.“

## Erinnerung an die Zukunft

Wenn man den euphorischen Zeitungsbericht von 1957 heute liest, dann findet man darin nicht nur die Erinnerung an einen historischen Irrtum der Militärs und ihrer Wissenschaftler. Dieser Artikel verdeutlicht auch – und deshalb macht er betroffen – unsere eigene Situation heute. Jeder neue Atomreaktor und jedes neue Waffensystem ist ein Experiment mit der Menschheit, dessen Risiken die Verantwortlichen immer noch – auch nach Tschernobyl – als „vernünftige und berechenbare“ Größe einschätzen. Aber auch die jeweils modernste Technik und die jeweils besten Gutachten werden nie unfehlbar sein. Nur: unsere angeschlagene Natur wird weitere „fortschrittliche“ Irrtümer nicht mehr verkraften. ☹



„Oh Lord, won't you buy me a Mercedes-Benz...“, das war 1971: Janis Joplin sang damals mit Witz und Ironie über kleinbürgerliche Träume. Ein paar Jahre später, 1978, ist der Blues im Heimatländle der begehrten Limousinen wieder zum Leben erwacht, nur sind diesmal die Rollen vertauscht: jetzt träumt nämlich der Daimler-Benz-Konzern vom Kaufen, und zwar will er Land für eine neue Teststrecke, und es ist der Widerstand der „Bundschuh“-Leute, der seine Wünsche vereitelt. Inzwischen, nach mehr als siebenjährigem Bundschuh-Trotz, hat sich der juristische Streit zugespitzt und das Bundesverfassungsgericht muß – wie so oft – letztlich entscheiden. Dabei verläßt sich Daimler-Benz, zusammen mit der baden-württembergischen CDU-Regierung, die das Projekt unterstützt, auf altbewährte Argumente, die hierzulande auch dann noch ziehen, wenn sonst schon nichts mehr geht: Arbeitsplätze und internationale Konkurrenz. Exakt 614 ha schönste Acker- und Waldfläche und ca. 90 000 Bäume werden gegen (versprochene) 1000 Arbeitsplätze und die (angeblich) so bedrohte internationale Leuchtkraft des Mercedes-Sterns aufgerechnet. Allerdings: vielleicht liegen da ja auch noch ganz andere – sprich militärische – Gewichte in der Waagschale.

d. Red.



Die Bundschuh-Genossen auf dem Weg zum Bundesverfassungsgericht, September 1985

## Enteignung für private Zwecke?

Im Sommer vergangenen Jahres urteilte das Bundesverwaltungsgericht in Berlin, daß die für die Daimler-Benz-AG durchgeführte Flurbereinigung mit der Folge der Enteignung der Bundschuhbauern rechtens sei, zumal dies im Allgemeininteresse liege. Mit der Verwirklichung der Teststrecke würde die Strukturschwäche des Raumes Boxberg/Assamstadt behoben und Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen. Mit diesem letztinstanzlichen Urteil entfiel die aufschiebende Wirkung des Klageweges.

Den Bundschuhbauern blieb somit keine andere Möglichkeit, als sich an das Bundesverfassungsgericht zu wenden. In einem viertägigen Fußmarsch trugen sie ihre Verfassungsbeschwerde nach Karlsruhe. Das höchste bundesdeutsche Gericht soll nun grundsätzlich klären, ob und inwieweit privatnützige Ziele eines Wirtschaftsunternehmens unmittelbar mit dem Allgemeinwohl gleichgesetzt werden dürfen. Würde nämlich die Rechtsauffassung des Bundesverwaltungsgerichtes Bestand haben, könnte in Zukunft überall von Gemeinden zugunsten Privater enteignet werden mit dem Argument, daß durch private Investitionen Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert würden. Es wäre dann kein Grundstückseigentümer vor dem Zugriff der Gemeinden mehr sicher.

Die Frage ist also, ob Art. 14 des Grundgesetzes lediglich eine Wertgarantie bietet, d. h. ob bei entsprechendem Wertausgleich widerspenstige Grundstückseigentümer „hinausflurbe-

# Mercedes-Blues

## Bundschuhgenossenschaft gegen Daimler-Benz

Von Theodor Ziegler, Karlsruhe

Eigentlich könnte alles schon längst über die Bühne sein. Ginge es nach dem Willen der Firma Daimler-Benz und der baden-württembergischen Landesregierung, dann würden bei Boxberg, rund 100 Autobahnkilometer nördlich von Stuttgart, schon seit einigen Jahren die Mercedes-Testfahrer ihre Runden drehen.

614 Hektar umfaßt das projektierte Testgelände, davon will man zirka 175 Hektar (meist bestes Ackerland) mit Betonpisten total versiegeln, ein Oval von 4,5 auf 1,25 km.

Die Firma Daimler-Benz hätte dann – so die Argumentation – keine Sorgen mehr um den Erfolg auf dem Weltmarkt, denn die Teststrecke sichere den technischen Vorsprung. Mit der Teststrecke, so heißt es weiter, kämen 1000 neue Arbeitsplätze in das strukturschwache badische Frankenland, das manchmal auch „Badisch Sibirien“ genannt wird. Zulieferbetriebe könnten endlich die Steuersäcke füllen, eine „neue monetäre Kraft“ würde sich entwickeln. Deshalb ist die Teststrecke, wie sich bei den letzten Bürgermeisterwahlen gezeigt hat, auch bei rund 80% der dortigen Kommunalpolitiker und der Bevölkerung willkommen.

Wie gesagt, dies alles wäre längstens realisiert – bereits 1980 wollte Daimler-Benz mit dem Bau beginnen – gäbe es da nicht den zähen Widerstand des Bundschuh.

### Widerstand und ökologische Alternative

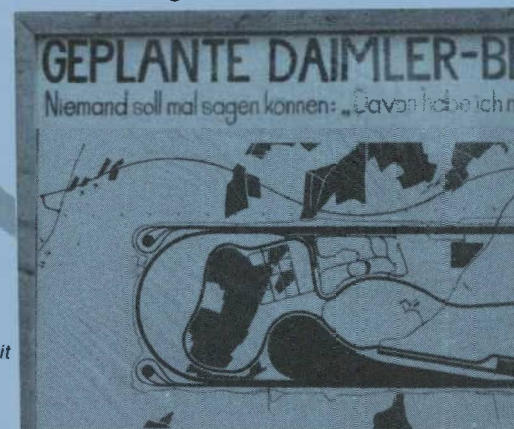
Schon bald nach der offiziellen Bekanntgabe des Projekts formierte sich im März 1978 der Widerstand von rund 100 Bauern und Grundstücksbesitzern gegen

das „Prüfgelände“. Ein Drittel des begehrten Geländes befindet sich in ihrem Eigentum. Obwohl ihnen Daimler-Benz lukrative Bodenpreise anbietet (inzwischen DM 5,50 pro qm) bzw. ausreichend Ersatzgelände, sind sie nicht zum Verkauf bereit. Sie wehren sich gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die fortschreitende Überbauung.

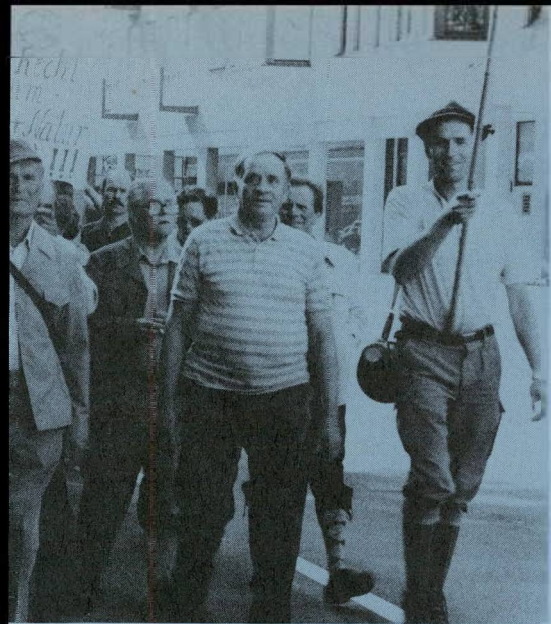
Mit dem Namen „Bundschuh“ knüpfen sie an die Widerstandstradition der fränkischen Bauern im 16. Jahrhundert an, als es galt, gegen die Unterdrückung und Abhängigkeit von geistlichen und weltlichen Feudalherren zu kämpfen. Der aktuelle Widerstand bezog sich bisher vor allem auf die Ausschöpfung sämtlicher juristischer Mittel gegen den Bau des Großprojekts, aber auch auf die Entwicklung einer umweltverträglichen Alternative zu den von den Befürwortern erwarteten „Segnungen“ der Teststrecke. So wurde 1979 die Bundschuhgenossenschaft gegründet (mit inzwischen über 2000 Mitgliedern), die die Produktion und den Vertrieb ökologischer Erzeugnisse zum Ziele hat. Ein Agrarwissenschaftler hält monatlich Seminare zu Fragen des biologisch-dynamischen Landbaues. 1983 wurde eine von der Bundesbahn abgekaufte Lagerhalle zum Lagerhaus ausgebaut, über das der Vertrieb der Bundschuh-Erzeugnisse abgewickelt wird.

Würde die baden-württembergische Landesregierung – so die Bundschuh-Argumentation – die rund 50 Mio. DM, mit denen sie das Daimler-Benz-Projekt in Form von Steuernachlässen und Straßenbauten subventioniert, in den großflächigen Einstieg hin zum biologischen Landbau investieren, so wäre die gleiche Zahl von Arbeitsplätzen zu erwarten. Aber noch ist es nicht soweit.

Bundschuh Öffentlichkeitsarbeit in Schwabhausen







Verwaltungsgericht in Karlsruhe Foto: Fränkische Nachrichten

„reinholt“ werden dürfen, wenn es der „größte Steuerzahler des Landes“ so will? Oder gibt es noch so etwas wie eine Bestandsgarantie, die das Eigentum an einem bestimmten Grundstück schützt? Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes – es soll in wenigen Monaten ergehen – dürfte mit großer Spannung zu erwarten sein.

### Waldrodung aus „Dienst am Nächsten“

Doch so lange wollte Daimler-Benz nicht mehr warten. Selbst die Bitte des Evangelischen Oberkirchenrates in Karlsruhe, „daß vor dem Spruch des höchsten Gerichtes keine Tatsachen mehr geschaffen werden, die nur schwer rückgängig zu machen sind, ...“ blieb unerfüllt. Aus Stuttgart kam die Antwort, daß man in der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen „einen konsequenten Dienst an unserem Nächsten“ sehe. In ihrer Nächstenliebe nicht mehr zu bremsen, ließ sich die Daimler-Benz-AG vom Flurbereinigungsamt Buchen eine „vorläufige Besitzeinweisung“ geben und begann am 15. Januar dieses Jahres mit dem Abholzen von über 90 000 Bäumen. Szenen, wie von Startbahn West, Brokdorf, Gorleben, Wackersdorf und anderswo bekannt, wiederholen sich im Assamstädter Wald. Hundertschaften der Bereitschaftspolizei sichern die Rodungsaktion vor den gewaltfreien Sit-ins der Bundschuhgenossen. Mit jedem fallenden Baum wächst die Verbitterung. Zweifel am Rechtsstaat werden laut.

Was bewegt die Firma Daimler-Benz

und die Landesregierung, entgegen dem hartnäckigen und langwierigen Widerstand die 300 Millionen DM teure Teststrecke in Boxberg durchzuboxen? Die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt, das anfängliche Hauptargument für die Notwendigkeit der Teststrecke, blieb auch ohne deren Realisierung bisher nicht aus. Im Gegenteil – die Autos mit dem Stern sind allenthalben gefragter denn je. Aber auch das Arbeitsplätzeargument erweist sich bei näherem Hinsehen als nicht stichhaltig. Da diese Arbeitsplätze größtenteils woanders weggenommen werden müßten, würde es sich lediglich um eine Umverlagerung vorhandener Arbeits- und Ausbildungsplätze handeln. Ebenso hätte die Konzentration und Rationalisierung der Testfahrten eine Reduzierung von Arbeitsplätzen zur Folge.

### „Reine Verleumdung“ und „reiner Zufall“.

Vielleicht liegt ein wichtiger Grund für die Realisierung der Teststrecke doch, wie ihre Gegner seit Anbeginn vermuten, in der Verflechtung mit militärischen Zielsetzungen. Dies wird von Daimler-Benz zwar bestritten: „Die Behauptung, hier würde ein verkappter Flughafen für den Verteidigungsfall gebaut, ist reine Verleumdung.“ Es gebe bei diesem Projekt keinerlei Verbindung zu militärischen Vorhaben. Die unmittelbare Nähe zum NATO-Tanklager Boxberg sei „reiner Zufall“. Doch der reinen Zufälle sind noch mehr: Im Umkreis von zehn Kilometern befindet sich beim Luftwaffenfernmelderegiment 32 bei Königshofen die Radarflugmelde- und Luftfahrzeugleitzentrale „Gustav“, sowie der Autobahnnotlandeplatz Osterburken (3 km lange durchbetonierte Fläche ohne Grünstreifen auf der BAB Heilbronn – Würzburg), also eine ergänzende Start- und Landebahn unter derselben Führung. Im etwa 22 km entfernten geplanten kanadischen Gerätedepot soll in einheitsweisen Sätzen das Wehrmaterial für einzufliegende kanadische Verstärkungskräfte vorausgelagert werden.

Das direkt neben der projektierten Teststrecke befindliche NATO-Tanklager führt in seiner Pipeline u.a. auch Flugzeugtreibstoff.

Für eine mögliche Verwendung der geplanten Teststrecke als militärischer Großflughafen im Krisenfall spricht zum Beispiel die großzügige bauliche Auslegung. So wären jederzeit zwei ebene Start- und Landebahnen machbar, die jeweils eine Länge von 4 km hätten und die Breite von 16 Autobahnfahrspuren. Somit wäre sogar der Flugbetrieb mit Großraumtransportern wie „Galaxy“ und „Starlifter“ möglich. Ein separater Hubschrauberlandeplatz zur Erleichterung des Verbindungsflugbetriebes, ausreichende Verwaltungs- und Führungsgebäude, gut eingerichtete Werkstätten und die Möglichkeit, schnell riesige Kasernenanlagen zu errichten, könnten Militärplanern eine hervorragende Infrastruktur bieten.

### „Boxberg paßt in das Air-Land-Battle Konzept“

Für Erich Schmidt-Eenboom vom Starnberger Forschungsinstitut für Friedenspolitik erhärten diese Indizien den Verdacht über die militärischen Hintergründe des Teststreckenbaus zur Gewißheit. „Die Teststrecke ist unter der Voraussetzung, daß in der Bundesrepublik eine Kapazität zur überlegenen Luftkriegsführung bereitgehalten und ausgebaut wird, ein Baustein im Sinne dieser Aufrüstungslogik.“

Das unter der Gesprächsleitung von Prof. Dr. Dr. Günter Altner tagende Boxberg-Tribunal kam im Oktober vergangenen Jahres zu dem Ergebnis: „Die militärische Nutzung der geplanten Teststrecke ist offensichtlich. Die Teststrecke Boxberg paßt in das Konzept Air-Land-Battle. Boxberg würde eine wichtige Funktion in diesem Rahmen wahrnehmen. Wir müssen vom 'Kriegsflughafen Teststrecke' sprechen. Bei der Planung der Teststrecke Boxberg wirken sich militärische Prioritäten aus.“

Auch wenn Daimler-Benz alle Vermutungen dieser Art als „extreme Unterstellungen“ zurückweist, so darf nicht übersehen werden, daß der Stuttgarter Konzern durch seine Mehrheitsbeteiligungen bei Dornier, MTU und AEG inzwischen zu einem der führenden Rüstungsproduzenten geworden ist. Selbst wenn es so ist, daß er mit der Teststrecke nur zivile Nutzung verfolgt, so läßt sich eine ‚Mitbestimmung‘ von seiten militärischer Planer nie ganz von der Hand weisen. Friedensforscher Erich Schmidt-Eenboom: „Da die Bürokraten zur Vorbereitung des totalen Krieges nicht nur staatliche – vorher zivile – Anlagen einplanen, etwa bei der Post, der Bundesbahn oder den Autobahnmeistereien, sondern auch – wie zahllose Leistungsbescheide für zivile Firmen für bewegliche und standortgebundene Güter verdeutlichen – jede zivile Einrichtung für ihre Zwecke prüfen, würden sie ihre eigene militärische Dienstauffassung sträflichst vernachlässigen, wenn sie die von Daimler-Benz geplante Teststrecke nicht als Kriegsflughafen verpflanzten.“

Wie dem allem auch sei – zunächst ruhen Motorsägen und Bagger wieder! Weil die Enteignung zugunsten eines Privatunternehmens, ohne daß ein gesetzlicher Auftrag dies im Interesse des Allgemeinwohls erforderte, juristisches Neuland ist, muß nun erst die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes abgewartet werden. Bis dahin, so ein Beschluß des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofes vom April d. J., darf nicht mehr gebaut werden. D. h., die Erdarbeiten, die „die Täler erhöht und Berge und die Hügel erniedrigt“ hätten (6,5 Millionen Kubikmeter Erde sollten bewegt und Höhenunterschiede bis zu 50 m sollten ausgeglichen werden) sind vorläufig gestoppt. Die Hoffnungen bei den Bundschuhgenossen wachsen wieder. Ob sie wohl, nach über 8jährigem Widerstand, vom Bundesverfassungsgericht Recht bekommen? ☹





Wer kennt das nicht: die Familie sitzt beisammen am Mittagstisch, Neuigkeiten werden berichtet und man redet über dies und das. Und ganz langsam, eigentlich ungewollt, aber sehr zielsicher, steuert dann irgendwie das Gespräch auf jene altbekannten Gegensätzlichkeiten zu: die Bundeswehr, der Staat, die Kirche oder sonstwas. Die Meinungen gehen hin und her, die Stimmen werden lauter und jeder spürt, es geht jetzt nicht mehr lange und die Harmonie ist hin, der Streit ist wieder da.

Manche dieser Reiz-Themen sind echte Dauerbrenner geworden und sie werden vielleicht – wenn selbst die Schlichtungsversuche der Mutter nichts mehr helfen – zum endgültigen Tabu.

Für viele Familien rund um Wackersdorf ist so ein Tabu-Thema die WAA. Aber auch dort, wo Eltern noch mit ihren protestierenden und demonstrierenden Kindern reden, oder sich sogar gemeinsam mit ihnen gegen das Projekt wehren, ist der Streit um das „wie“ des Engagements noch nicht vom Tisch.

Hier die sehr persönliche Schilderung dieser Probleme aus der Sicht eines Vaters. *d. Red.*

Eigentlich möchte ich ja keinen weiteren Streit mehr. Eigentlich möchte ich mit meinen Jungs einmal wieder über etwas anderes reden können. Eigentlich möchte ich ihnen ja zeigen, daß ich sie doch sehr mag und sie auch verstehen kann. Und unsere Kleine – die Fünfjährige – müßte nicht mehr weinen, wenn wir wieder einmal laut und wütend miteinander diskutieren. Gelegentlich streitet man sich in jeder Familie einmal – gelegentlich kam das bei uns früher auch vor. Aber diesmal ist unser Konflikt ein Dauerbrenner. Dieser Streit hat kein Ende, er bricht immer wieder auf, er bekommt immer wieder neue Aspekte. Könnte ich ihm nicht ausweichen? Ich möchte das nur allzu gerne! Aber darf ich das? Soll ich denn als Vater schweigend zusehen, wie meine zwei Großen immer radikaler werden? Ich fühle mich verantwortlich für sie, aber noch mehr habe ich eigentlich Angst um sie. Diese Angst bringt mich immer wieder dazu, ihnen zu widersprechen.

Ich kann sie ja verstehen! Ich bin ja auch aktiv mit ihnen im Widerstand. Wir sind alle – Mutter und auch die große Tochter – gegen den „WAAhnsinn“. Wir sind ja schon eine richtige „Chaotenfamilie“. Und ich bin ja gewiß auch heilfroh, daß das Pro und Contra zur WAA unsere Familie nicht trennt. Dies gibt es bei uns in der Gegend ja vielfach auch. Und das muß ja noch viel schlimmer sein! Wahrscheinlich kann man in diesen Familien nur deshalb noch miteinander auskommen, weil man es dort aufgegeben hat, noch miteinander über diese Frage zu reden. Das ist wirklich das Beste: man redet einfach nicht mehr



Abwehrbereite Polizeieinheiten auf dem gerodeten WAA-Baugelände

Foto: J. Kirch

## Streit in der Familie

von Karl Kirch, Nabburg

über das Thema! Dies Thema spaltet, zerstört, trennt, regt auf. Wo dieses Thema aufkommt, zerbrechen alte Freundschaften, Bekannte grüßen einander nicht mehr, den Kollegen versteht man kaum noch, der lose Kontakt zum Nachbarn bricht endgültig ab.

In unserer Familie reden wir noch darüber. Deshalb aber streiten wir uns auch ständig, es ist unser Hauptgesprächsthema geworden. Früh am Morgen will jeder die Zeitung zuerst lesen: Was schreiben sie darüber? Wie ist die Berichterstattung diesmal? Wieder negativ? Wieder ganz einseitig? Gibt es Anlaß zur Hoffnung? – oder wird uns die Resignation überwinden? Nein, von Resignation sprechen die Buben nicht – davor haben nur Mutter und ich Angst. Nun, sie sind ja noch jung, es ist natürlich, daß sie nicht resignieren, sondern daß sie kämpfen wollen.

Aber müssen sie denn immer gleich so übertreiben? Warum bedenken sie die Folgen nicht? Warum versuchen sie nicht, die anderen zu verstehen? Warum wollen sie noch mehr Konfrontation? Warum regen sie sich immer so sehr auf? Warum vermuten sie jedesmal gleich das Schlimmste?

Also da muß man doch etwas bremsen!

Da darf ich doch nicht schweigen!

Und schon ist der Krach da! Und schon streiten wir uns wieder! Ich will sie doch nicht deshalb bremsen, weil ich naiv und gutgläubig bin – wie sie mir wieder einmal unterstellen. Ich meine ja nur, daß man den Glauben an einen friedlichen Ausgang nicht ganz aufgeben sollte. Ich meine, man sollte nicht al-

le Brücken abbrechen, wir sollten die Gegenseite nicht verteufeln, sondern weiterhin das Gespräch mit ihr suchen! Die zwei sprechen nur noch vom „System“, das unser Feind sei. Ich gebe ja zu, daß wir in einem „System“ leben, aber hat dieses System nicht auch gute Seiten? Ich verstehe ja, daß sie von der Kirche enttäuscht sind und nichts mehr von ihr halten. Aber wer ist die Kirche? Sind wir nicht auch Teil von ihr? Sollten wir nicht versuchen, sie aufmerksam zu machen, auf das, was uns bedrückt! Warum können meine zwei Jungen nicht mit mir hoffen? Wie kann man seinen Kindern noch Hoffnung, Geduld und Mäßigung predigen, wenn man selbst nur noch mit Bangen hofft? Das Prinzip Hoffnung – wie lange hält es dem Druck noch stand, der auf uns lastet? Noch ist der Radikalismus meiner zwei Großen nur verbal. Noch haben sie ja nichts „angestellt“. Noch sind sie nur beim Reden radikal. Aber wohin führen uns die radikalen Worte? Noch widerspreche ich, noch scheue ich den Streit nicht, sondern suche ihn, in der Hoffnung, daß meine Argumente sie überzeugen. Aber wie lange halten wir diese zermürbenden Diskussionen noch aus? Wie lange sind meine Argumente noch überzeugend? Jeder neue Polizeieinsatz scheint meinen Jungen recht zu geben, jedes unversöhnliche Wort der Regierung stärkt ihren Widerspruchsgeist und schwächt meine Position.

Und was wäre dann, wenn die beiden recht hätten? Was wäre, wenn ich mich getäuscht hätte?

Ja, was dann?





## WUB Nr. 2/86 „Schwarz auf Weiß“

Zum ersten Mal lese ich Eure WUB und ich bin recht angetan von Eurer kritischen Auseinandersetzung mit den Themen aus unserem „Alltag“. Ich fühle mich nicht sooo verkauft, wie beim „Der Zivildienst“ und bringe Euch Vertrauen vorweg entgegen!

Nun eine Idee und Bitte, die mir entsprang, als ich die Rubrik „Schwarz auf Weiß“ und den Kommentar von Werner Schulz „Der Schlaf des Gerechten“ las: Könnt Ihr die Verantwortlichen nicht auch für ihre übernommene Verantwortung zeichnen lassen? So bitte ich Euch darum, die Namen der Personen abzudrucken. Also, der schlafende Richter, wie auch seine urteilenden Kollegen; denjenigen, der den Bescheid für das BAZ gegen die Einrichtung einer Beschäftigungsstelle für ZDLs in der sozialtherapeutischen Einrichtung entwarf (ich bekomme das Gefühl, ein Aussätziger zu sein, der nicht in die Nähe von Kindern darf); und die Namen der Ausschußmitglieder und des letzten in der Kette, der alles zu verantworten sich traut, der Name des Rektors, der auf allen Bescheiden des BAZ sein Siegel hinterläßt, seinen Namen jedoch verschweigt.

Emanuel Hammer, Hennef-Sieg.

Ich muß Euch wirklich für die „Schwarz auf Weiß“-Seite loben. Einfach herrlich! Ein glänzender Beweis für die häufig aufgestellte Hypothese, daß wir uns nämlich im Zeitalter der Satire, der Groteske, des Kabarets befänden und eben darum hauptberufliche „Kabarettisten“, wie Hildebrandt, Hüsch etc. nicht mehr nötig wären. Ich hoffe nur, daß sich diese Richter, Vorsitzenden und Besitzer ihrer historischen Aufgabe bewußt sind, und uns weiterhin mit authentischem Material versorgen, so daß wir endlich in der Lage wären, das „Kabarett für alle“ oder die „narrische Republik“ oder das „Zeitalter der Narren“ (über die Namensgebung wird derzeit noch heftig diskutiert) auch offiziell zu verkünden und durchzusetzen.

Karl-Günther Baumann, Stuttgart

## WUB Nr. 2/86, Buchtip: Leben gegen den Strom.

Friedhelm Schneiders Buchbesprechung zu einem Buch über Hermann Stöhr

Neben Hermann Stöhr gab es noch Alfred Herbst, Elektromonteur aus Stuttgart und Mitglied einer freikirchlichen Gemeinde. Unter dem Titel „Letzte Briefe eines Wehrdienstverweigerers 1943“ wurde von Jost Müller-Bohn ein lesenswertes Büchlein herausgebracht. Erschienen ist das Buch bei: Verlag der St.-Johannis-Druckerei C. Schweickhardt, Lahr-Dinglingen.

Erhard Dietrich, Nümbrecht

Eure Zeitung hat ein gutes Profil und ist wirklich Klasse. Ich würde gerne vorschlagen, die Adressen der Zivis (und anderer) vollständig zu veröffentlichen, sofern dies von ihnen gewünscht wird. Dann kann der Kontakt besser werden. (Anm. d. Red.: Kann man machen. Wer das will, der soll dies bitte bei seinen Zuschriften vermerken.) Außerdem möchte ich auf unsere Arbeitsgruppe „Bürger für den Frieden“ aufmerksam machen:

Wir sind ein Arbeitskreis der Ev. Kirchengemeinde Dudweiler, der schon seit mehreren Jahren besteht. Obwohl wir nicht viele Leute sind – neue Mitglieder sind immer willkommen – sind wir schon mehrmals an die Öffentlichkeit herangetreten. Aktuelle Themen gibt's immer in Hülle und Fülle, z. B. zur Zeit das sich in nicht allzu großer Ferne befindende AKW Cattenom.

Werner Michely  
Ringstr. 10a  
6602 Dudweiler

Ich möchte die WUB loben. Gute Themenwahl und aktuelle Informationen tragen dazu bei, daß ich dieses Heft auch nach meinem Dienst gerne weiterlesen möchte. Leider erscheint die WUB nur viermal im Jahr.

Außerdem hat mir in der letzten WUB das Foto auf S. 16 (Demo in Wackersdorf) sehr gefallen und ich würde gerne, wenn das möglich ist, gegen Unkostenerstattung zwei Abzüge davon bestellen.

Bernd Brüggemann, Erkrath

Anm. d. Red.: Natürlich freuen sich unsere Fotografen, wenn ihre Fotos den WUB-Lesern gefallen und sie sind in der Regel auch gerne bereit, gegen Erstattung der Unkosten Abzüge abzugeben. Bitte wendet Euch in solchen Fällen zwecks Kontaktvermittlung an die Redaktion.

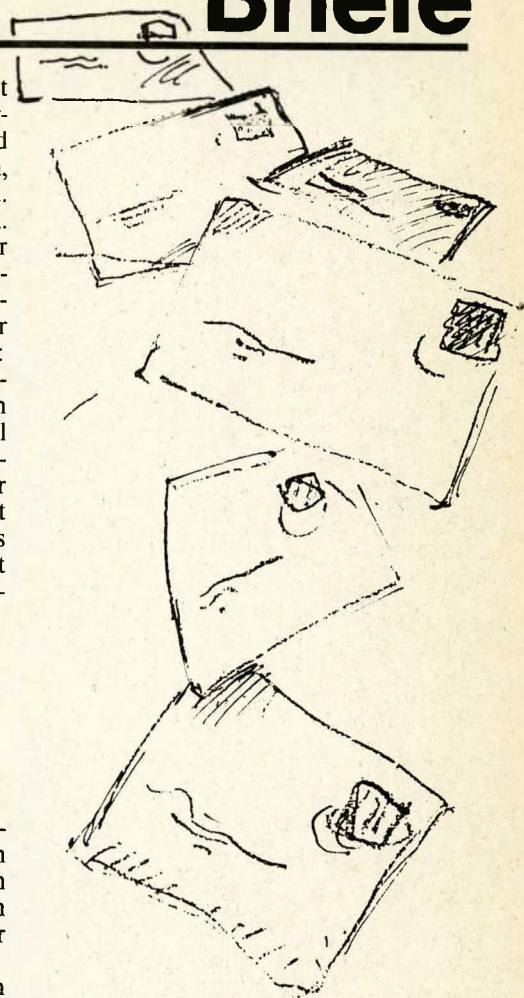
## Die neue WUB

Mich hat Eure Zeitung echt aufgebaut.

Vor allem, weil ich ein paar Tage vorher schon die ZDL-Zeitschrift vom BAZ bekommen hab. Da hab ich mich richtig verraten gefühlt. Echt totaler Scheiß! Aber anstatt dort einen Frustrbrief zu schreiben, schreib ich jetzt zuerst mal Euch, um Euch zu sagen, daß mir Eure Zeitung erstmal gut gefällt, sowohl von der Aufmachung, als auch vom Inhalt her. Ich glaube, es ist wichtig, daß es eine Alternative zu dem Blatt vom BAZ gibt. Außerdem bin ich eigentlich recht verbunden mit „der Kirche“ durch die Jugendarbeit.

Ich finde es gut, wenn Ihr weiterhin so kritisch bleibt.

Alwin Baumert, Eggenfelden.



Ein Lob an die neue WUB! Die neue Aufmachung ist sehr gut, inhaltlich gefällt sie mir auch gut, weil man auch noch als „Zivi-Veteran“ auf dem Laufenden bleibt! Weiter so!

Bernd Kolschefski, Herbrechtingen

## Rüstzeiten

Ich möchte folgende Anregung loswerden: die Beauftragten für KDV der evang. Landeskirchen sollten Rüstzeiten nur für Zivis aus einer bestimmten Region anbieten. Das hätte den Vorteil, daß die Freundschaften / Kontakte nach Ende der Werkwoche aufrechterhalten werden können und sich evtl. Aktivitäten besser entwickeln. Siegfried hatte z. B. letztes Jahr in Pforzheim einen Vortrag organisiert, zu dem nur Zivis aus der Umgebung persönlich eingeladen wurden. Aus diesem Abend hat sich dann der KDV-Stammtisch Pforzheim entwickelt!

Ich glaube, daß solche regional begrenzten Rüstzeiten, zu denen die Zivis direkt eingeladen werden, die Aktivitäten und das Engagement der Zivis fördern können.

Mir hat es auf jeden Fall geholfen, daß ich Zivis von anderen Dienststellen kennengelernt habe.

Robert Böttiger, Odenthal



# Briefe

## Offener Brief

An die  
Bundesministerin für Jugend,  
Familie, Gesundheit und Frauen  
Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth  
Kennedyallee 105-107  
5300 Bonn

25 Zivildienstleistende  
einer Tagung der  
Evang. Akademie Bad Boll

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Prof. Dr. Süßmuth,

wir sind 25 Zivildienstleistende, die sich am Rande einer Tagung der Evang. Akademie Bad Boll zusammengefunden haben, um folgendes zu erklären:

"Die in diesem Frühjahr veranstalteten Feiern "25 Jahre Zivildienst" erfüllen uns mit Unbehagen und Unmut."

Wir hörten sagen, unser Dienst sei unverzichtbar. Man dankte uns. Wir hörten weiter sagen, unser Einsatz sei vorbildlich. Man lobte uns. Aber wir hörten nicht sagen, welche Schwierigkeiten wir mit und welche Bedenklichkeiten wir an unserem Dienst sehen. So hörte sich in unseren Ohren auch Ihre Laudatio wie Hohn an.

Tatsächlich unverzichtbar und vorbildlich für uns alle, ist der Dienst unseres Kollegen am Krankenbett des alten Mannes, ist das Waschen der hilflosen Frau, das Anziehen des behinderten Kindes.

Mancher Kollege aber fühlt sich in diesem Dienst überfordert, da ihm sowohl die Qualifikation, wie auch - allzuoft - eine ausreichende Anleitung fehlt. Andere von uns hingegen müssen erleben, wie sie lediglich für einfache und einfachste Tätigkeiten eingesetzt werden, wie sie zu Hilfsarbeitern werden. Uns wird gesagt, wir seien lediglich zusätzliche Arbeitskräfte. Aber wir werden täglich in unserer Arbeit so stark in Anspruch genommen, daß nicht einmal Zeit für ein Gespräch mit dem Pflegebedürftigen bleibt.

Als bedenklich, weil unglaubwürdig, bezeichnen wir den Dienst unserer Kollegen, die im sogenannten technisch-organisatorischen Bereich beschäftigt sind. Ausschließlich und während ihren ganzen zwanzig Monaten sind sie mit Tätigkeiten wie Laubrechen, Rasenmähen, Aktenverwalten oder Fahrdienst beschäftigt. Sinn und Glaubwürdigkeit, nach dem wir verlangen, suchen wir hier vergeblich. Wir tragen in uns den Anspruch der Verweigerung, einen ethischen Anspruch. Wir müssen uns fragen: wie können wir diesen Dienst vor anderen, vor uns und unserem Gewissen rechtfertigen? In dieser Frage fühlen wir uns allein gelassen.

Wir haben den Kriegsdienst verweigert, weil wir nicht töten können oder/und wollen. Wir machen einen Zivildienst, mit dem Anspruch, "Leben zu erhalten, zu fördern und zu entwickeln". Diesen Anspruch nennen wir Friedensdienst!

Mit guten Wünschen

Für unsere Kollegen

gez. Alexander Köhrer  
Uli Schöllkopf  
Reiner Schumacher  
Jörg Steiner

Anm. d. Red.: Bis Redaktionsschluß lag den Absendern keine Antwort von Fr. Süßmuth vor.

# Was unser RECO

Die Informationen verdanken wir diesmal Herrn Reinhard Becker aus Darmstadt.

## Der „Heimreisetag“ bei der ZDL Da kann mehr drin sein als

### 1 Die rechtlichen Grundlagen

Nach §35 des Zivildienstgesetzes (ZDG) finden in Fragen der Fürsorge, Heilfürsorge, der Geld- und Sachbezüge, der Reisekosten und des Urlaubs die gleichen Bestimmungen eine entsprechende Anwendung, die für einen Wehrpflicht leistenden Soldaten der unteren Mannschaftsdienstgrade gelten.

Das gilt für alle Urlaubsarten, als da wären:

- Erholungsurlaub
- Sonderurlaub unter Belassung der Geld- und Sachbezüge
- Sonderurlaub ohne Geld- und Sachbezüge.

Zur Regelung dieser Fragen werden außerdem die Soldaten-Urlaubsverordnung (SUV) und die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen des Verteidigungsministers sinngemäß herangezogen. Was uns betrifft, so sind diese Gesetze und Richtlinien im Leitfaden für den ZD in Abschnitt E 1 - E 7 zu finden.

Im Abschnitt E 5, Punkt 5, 7 heißt es zum „Heimreisetag“:

„Die Dienststelle hat dafür Sorge zu tragen, daß aus Anlaß der Entlassung aus dem Zivildienst der ZDL die Heimreise drei Werktage vor dem festgesetzten Entlassungstag antritt und am Heimort bis 21 Uhr eintrifft.“

Dem ZDL soll damit der „reibungslose Übergang in das Zivilleben“ ermöglicht werden. Soweit die trockene Materie.

### 2 Was heißt das im Klartext?

Drei Werktage (auch der Samstag ist ein Werktag - jedoch nicht ein Wochenfeiertag) vor dem Entlassungstag kann der ZDL die Arbeit beenden und nach Hause fahren. Liegt z. B. der Entlassungstag auf Dienstag, dem 31., dann ist Freitag, der 27. der sogenannte „Heimreisetag“. Diese Regelung gilt ausnahmslos für jeden ZDL, der seine Dienstzeit nicht vorzeitig beendet hat, gleichgültig ob Unterkunfts- oder Heimschlaf. Während dieser 3 Werktage erhält der ZDL seine Geld- und Sachbezüge weiter. Dieser Sonderurlaub wird auch nicht auf den Erholungsurlaub angerechnet.



## Entlassung nur Reisefieber

Allerdings gibt es drei Fälle, in denen kein Anspruch auf diesen Sonderurlaub besteht.

1. Beispiel: Der ZDL hat am Ende seiner Dienstzeit Sonderurlaub ohne Geld- und Sachbezüge zur Aufnahme einer Arbeit oder der Ausbildung/ Studium erhalten. In diesem Fall hat er keinen Anspruch mehr auf die 3 Werktage Sonderurlaub zur Entlassung.

2. Beispiel: Wenn die allgemeine Dienstbefreiung (an Weifinachten/ Neujahr oder Ostern/ Pfingsten) und der Sonderurlaub zur Entlassung zusammenfallen, dann darf keiner von beiden verschoben werden. Liegt der Entlassungstag z. B. am 31. Mai und das ist gleichzeitig der 2. Tag der Pfingstdienstbefreiung, dann bleiben nur noch 2 Werktage davor als Sonderurlaub zur Entlassung übrig.

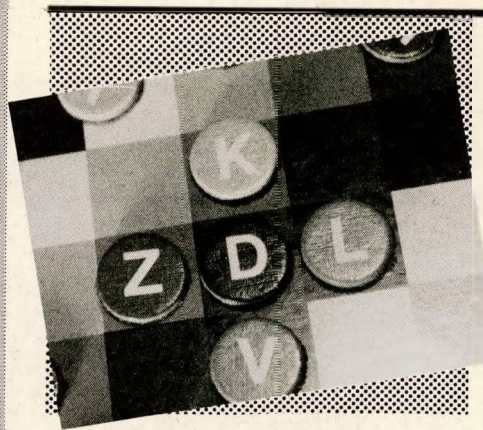
3. Beispiel: Der ZDL hat sich – wie so oft – den Erholungsurlaub ganz oder teilweise zum Ende der Dienstzeit aufgehoben. Der letzte Urlaubstag ist gleichzeitig der Entlassungstag. Nun hat er den Urlaub angetreten und freut sich, daß alles vorbei ist. In diesem Fall hat er allerdings die 3 Tage Sonderurlaub zur Entlassung verschrenkt. Nach Beendigung des ZD, also nach dem Entlassungstag erlischt jeder Anspruch auf Erholungs- oder Sonderurlaub.

## 3 Und so wird's gemacht

Es empfiehlt sich, die Dienststelle rechtzeitig darauf hinzuweisen, daß ein Anspruch auf 3 Werktage Sonderurlaub zur Entlassung aus dem ZD besteht. Sie hat dafür Sorge zu tragen, daß der ZDL am 3. Werktag vor dem Entlassungstag die Heimreise antreten kann.

Wer den Erholungsurlaub zum Ende der Dienstzeit nimmt, muß darauf achten, daß der letzte Urlaubstag gleichzeitig der 4. Werktag vor dem offiziellen Entlassungstag ist. Letzterer ist mit dem im Einberufungsbescheid genannten letzten Zivildiensttag identisch. Außerdem wird er im Entlassungsbescheid benannt, ebenso im Dienstaussweis.

Alles klar? WUB wünscht allen, die es betrifft, – und auch das trifft irgendwann mal jeden – einen guten „Heimreisetag“ und eine „reibungsflose Wiedereingliederung in das Zivilleben“.



## Schritte auf dem Weg zum 'Konzil des Friedens'

Joachim Ziegenrucker, Hamburg

Zu einer Tagung mit oben genanntem Thema hatte die Evang. Akademie Tutzing für die Zeit vom 16.-18. Juni d. J. eingeladen. Es sollte dort der Versuch unternommen werden, die Chancen für das Zustandekommen eines solchen Friedenskonzils aller christlichen Kirchen abzuschätzen. Hier eine kurze Zusammenfassung sowie nebenstehend die Thesen von Weizsäckers zu „Gerechtigkeit“, und „Friede“ in ihrer Fassung vom Ende der Tagung im Wortlaut.

Eine Vorbereitungsgruppe, beraten von Landesbischof D. Dr. Hanselmann und Professor Dr. C. F. von Weizsäcker, hatte darauf abgestellt, die Erörterung inhaltlicher Fragen in den Vordergrund zu stellen mit dem Ziel, nach einer Einführung von Professor von Weizsäcker, in der die auf einem „Konzil“ zu erörternden Fragen definiert wurden, von verschiedenen kirchlichen Gruppen und ihren Vertretern die inhaltlichen Positionen beschreiben zu lassen und zu diskutieren. Dabei sollte es vor allem darauf ankommen, probeweise die konsensfähigen Aussagen zum Themenbereich Frieden und Gerechtigkeit zu erörtern (s. Kasten). Abschließend sollten Anstöße für die weitere inhaltliche und prozedurale Diskussion gegeben werden. So das Einladungsschreiben.

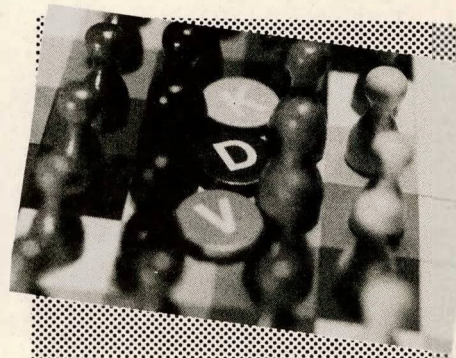
Stellungnahmen wie Diskussionen machten deutlich, wie „steinig“ der Weg zum Friedenskonzil ist, aber sie zeigten auch, daß „der konziliare Prozeß im Gange“ ist. Dabei wurde immer wieder eine Sorge betont: „Wenn nur die Zeit reicht.“ Eindrucksvoll war die Zusammensetzung der Tagung, von der aus dem Ostblock der russische Bischof Pitrim, der ungarische Bischof Toth, der polnische Professor Benedyktowicz zu nennen sind. Aus der DDR war Gen. Superintendent Krusche gekommen. Von Aktions- und Arbeitsgemeinschaften war die Ev. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) mit vier Mitgliedern präsent.

### Gerechtigkeit

- Christliche Hoffnung und aufgeklärte Vernunft erfordern: Kein Friede ohne Gerechtigkeit, keine Gerechtigkeit ohne Frieden. Keine Gerechtigkeit ohne Freiheit, keine Freiheit ohne Gerechtigkeit.
- Gerechtigkeit meint sowohl legale Gerechtigkeit, d. h. nationales und internationales Recht einschließlich der Menschenrechte, als auch soziale Gerechtigkeit, ohne welche dem Armen seine legalen Rechte nichts nützen.
- Die Versammlung wird konkrete Aussagen über Themen wie Rassismus, Frauenrechte, Gewaltausübung, Weltwirtschaftsordnung machen wollen und müssen.

### Friede

- Die Zeit ist gekommen, in der die politische Institution des Krieges überwunden werden muß und kann.
- Der politisch zu sichernde Weltfriede/Lebensbedingung des technischen Zeitalters, ist nur die Überwindung einer kulturell überholten Form des Konfliktaustrags.
- Die Gefahr eines Dritten Weltkrieges ist nicht gebannt. Die nukleare Abschreckung hat uns eine Atempause gewährt. Sie ist moralisch problematisch und bietet keine permanente Gewißheit. Der Friede kann permanent nicht technisch, sondern nur politisch gesichert werden.
- Der politische Friede ist nicht der Friede Gottes; aber der Wille, ihn zu schaffen, wächst für Christen aus dem Glauben an den Frieden Gottes.







## ZDL machen Altenheim-Zeitung

„Der Senior“, das ist der Titel einer neuen Zeitung, die 4 ZDLs aus dem Altenheim der Arbeiterwohlfahrt in Neugablonz herausgebracht haben. Mit „Informationen aus erster Hand“, so der Untertitel der Zeitung, wollen die Herausgeber über die Menschen, die im Heim leben und arbeiten informieren und durch den „Blick hinter die Kulissen“ den Alltag in der Institution den Leuten „draußen“ vorstellen.

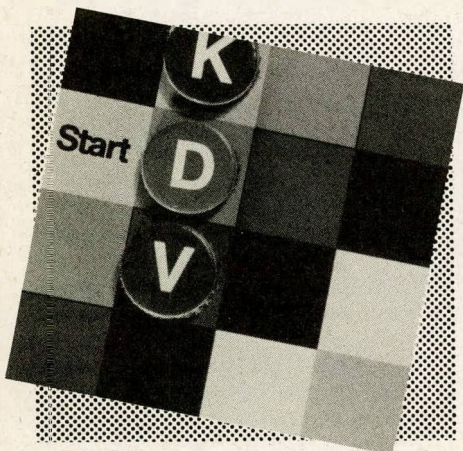
Das geschieht in erster Linie durch Gespräche: da wird ein Altersjubilar interviewt, das Pflegepersonal befragt oder die Heimleiterin, das Küchenteam, ein Seniorenhepaar, der Hausmeister ...

Finanziert wird die Zeitung – 32 Seiten, Auflage 1000 Stück – durch den Verkauf und durch Werbung. Interessant ist, daß die Zivis die Redaktionsarbeit während ihrer regulären Dienstzeit abwickeln konnten. Sie selbst allerdings kommen in ihrer Zeitung nicht zu Wort – aus Platzgründen, wie sie sagen. Das ist mehr als schade, denn vielleicht sähe aus Zivi-Sicht doch nicht alles so „rosig“ aus oder bedürfte zumindest der Kommentierung. Der Essen-auf-Rädern-Dienst z. B., den die Heimleiterin so charakterisiert: „Die ZDLs müssen das ausführen und den Leuten 'liebevoll' auf den Tisch stellen mit den besten Appetitwünschen dazu.“

Wer die Zeitung kennenlernen will – als Anregung für eigene Projekte vielleicht – der schicke einen frankierten DIN A 4-Umschlag (Drucksache) an:

Redaktion „Der Senior“  
Herbert Hofmann, Riederlohweg 10,  
8950 Kaufbeuren 2.

Unkostenbeitrag in Briefmarken erbeten.



## Rückzieher

Im Juni d. J. veröffentlichte der Brigadegeneral und Kommandeur des Zentrums für Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz, Adalbert von der Recke im Briefdienst des Arbeitskreises „Sicherung des Friedens“ seine Ansichten über den Art. 4,3 GG und gleichzeitig über diejenigen, die dieses Grundrecht in Anspruch nehmen. Zitat:

„Unter dem Friedensgebot unserer Verfassung ist es immer ein gewisses Paradoxon gewesen, sich auf Art. 4 Abs. 3 GG zu berufen ...

Daß damit (mit der KDV aus Gewissensgründen, d. Verf.) zugleich eine Verweigerung des Dienstes am Frieden einhergeht, sollte diejenigen, die dieses Recht in Anspruch nehmen, politisch sensibel halten. So könnten sie verstehen, daß es Bürger gibt, die ihre Entscheidung als Friedensdienstverweigerung empfinden.“

Nachdem nun die Denkweise von der Reckes in der Öffentlichkeit erfreulicherweise auf starke Kritik gestoßen ist – von der taz bis zum BAZ (Hintze) – sah sich der General genötigt, im Briefdienst Nr. 7 jenes Arbeitskreises, dem er mitangehört, auf einer Extraseite die „Mißverständnisse“ aus der Welt zu räumen. Von der Recke jetzt:

„So lag es keineswegs in meiner Absicht, denjenigen, die von Art. 4 Abs. 3 unseres Grundgesetzes Gebrauch machen und Ersatzdienst leisten, abzusprechen, daß ihr Dienst auch dem Frieden dient. ... Es gibt eine große Anzahl von Diensten, die dem Frieden dienen. ... Wir müssen in unserer kirchlichen Diskussion nach Wegen suchen, die es uns erlauben, nach wie vor an der Formel vom „Friedensdienst mit und ohne Waf-fen“ festzuhalten.“

Aus den bisherigen Publikationen des Arbeitskreises „Sicherung des Friedens“ ist allerdings seit langem bekannt, daß er den Dienst mit der Waffe als den „unerläßlichen Beitrag“ ansieht, ohne den es möglicherweise die „anderen Friedensdienste“ gar nicht mehr gäbe, weil nämlich sonst unser Staat „politisch schutzlos“ und „fremden militärischen Gewaltakten ausgesetzt“ sein könnte. Mit dieser Angst ist auch die Entstehung des Arbeitskreises eng verknüpft. Er wurde 1980 als Antwort auf die ökumenische Aktion „Ohne Rüstung Leben“ gegründet, mit dem Ziel, die „stark emotionalisierte Sicherheits- und Friedensdiskussion zu versachlichen“.

Personell soll das mit der Hilfe weniger, aber hochgestellter Persönlichkeiten geschehen (mit dabei ist z. B. der ehemalige Verteidigungsminister Dr. Hans Apel).

Finanziell hilft die EKD: mit einem Zuschuß von DM 70 000,- jährlich.

## Pflegekraft gesucht

Deutsche Lehrerin, 40, in Hong Kong, Rollstuhlfahrerin (querschnittsgelähmt), sucht möglichst bald Pflegekraft gegen Flugkosten, Unterkunft, Verpflegung und angemessenes Taschengeld. Näheres bei Pfarrer Günter Reese, Tel. 0 26 54/61 05



## Nachdiener-Nachlese

In WUB 2/86 berichteten wir ausführlich über die Probleme, die der sog. „Restzivildienst“ für anerkannte Reservistenverweigerer mit sich bringt. Die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit hat jetzt mitgeteilt, daß die Ableistung von „Restzivildienst“ nach § 22 Zivildienstgesetz ab sofort in zwei Zeitabschnitten erfolgen kann. Diese Neuregelung kann unter zwei Voraussetzungen in Anspruch genommen werden:

1. Der Zivildienstpflichtige muß eine Beschäftigungsstelle finden, die bereit ist, ihn in dieser Weise einzusetzen und
2. die ungeteilte Dienstleistung muß für den Dienstpflichtigen eine „besondere Härte“ darstellen.

### Doktorand darf weitermachen.

Eine „besondere Härte“ machte auch der Doktorand geltend, über den wir im letzten Heft berichteten. Das Bundesamt hatte ihn zum Nachdienen einberufen und seinen Einspruch abgelehnt mit der Begründung, er könne ja nach den fünf Monaten seine Doktorarbeit über ein neues Thema schreiben.

Das Verwaltungsgericht Stade hat jetzt aber entschieden, daß „die Heranziehung zum Zivildienst ... rechtswidrig“ sei, weil sie „für den Kläger eine unzumutbare Härte bedeuten würde. ... Die unzumutbare Härte für den Kläger ist darin zu sehen, daß er lediglich wegen des 5-monatigen Nachdienens, also eines verhältnismäßig kurzen Zeitraums, seine langfristig angelegte Dissertation nicht beenden kann, obwohl er bereits in die Bearbeitung des Themas, das ihm im übrigen verloren ginge, eine nicht unerhebliche Zeit eingesetzt und Kosten investiert hatte. Der Verlust, der den Kläger treffen würde, geht also weit über den normalen Verlust einer Promotionschance hinaus. Angesichts der relativ kurzen Nachdienzeit würde seine Einberufung daher das verfassungsrechtlich verankerte Übermaßverbot verletzen.“



**Urteile, Bescheide.**  
Diesmal sogar Anerkennungen.

## Statt Haftstrafe Dienst bei Armee

Stockholm. Auf ungewöhnliche Weise wird ein zu vier Jahren Haft verurteilter Schwede seine Strafe "absitzen". Der 26jährige Mann, der einen Geschäftsinhaber niedergeschlagen und ausgeraubt hatte, geht nicht ins Gefängnis, sondern zur schwedischen Armee. Ermöglicht wird diese Regelung durch das schwedische Rechtspflegegesetz, demzufolge Haftstrafen in Wehrdienstzeit umgewandelt werden können.  
(aus: Bremer Nachrichten v. 3.7.86)

## Hauptsache: Anerkannt!

(Aus einem unanfechtbaren Bescheid des Ausschusses für KDV beim KWEA Stuttgart vom 15.4.86)  
Zwar hat sich der AST\* mit der Problematik der KDV, ... wohl nicht auseinandergesetzt, unter Würdigung der Persönlichkeit des AST, der Rechtssprechungspraxis der Verwaltungsgerichte und unter Zugrundelegung eines wohlwollenden Maßstabes kam aber der Ausschub gleichwohl zu dem Ergebnis, den AST als KDV anzuerkennen.  
Der Ausschub für KDV kam zu diesem Ergebnis nach § 14 III KDVG ohne mündliche Anhörung des AST, da sich die o.g. Feststellungen bereits aus dem Inhalt der vorliegenden schriftlichen Unterlagen ergaben.  
Eine weitere Aufklärung der Motivation des AST erschien unfruchtbar; der KDV-Antrag erschien bereits aufgrund der vorliegenden schriftlichen Unterlagen als schlüssig und begründet.  
\* (Antragsteller)

## Timing - Oder: Wer länger dient, wird schneller anerkannt

(Aus einem Protokoll des Ausschusses für KDV beim KWEA Gelsenkirchen vom 25.4.1985)  
"Die Sitzung wird um 15.02 Uhr fortgesetzt.  
Der AST wird darauf hingewiesen, daß ... nach wie vor nicht mit hinreichender Sicherheit feststellbar sei, daß sein Anerkennungsbegehren wirklich auf einer zwingenden Gewissensentscheidung beruhe. Der AST wird aber darauf hingewiesen, daß nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung die Bereitschaft zum längeren Zivildienst ein tragendes Indiz für die Ernsthaftigkeit der Gewissensentscheidung sei.  
Der AST erklärt hierauf, daß er auch bereit sei, den längeren Zivildienst von 20 Monaten in Kauf zu nehmen. Nach weiterer Erörterung der Sach- und Rechtslage erklärt der AST, er nehme hiermit seinen Antrag auf Anerkennung als KDV zurück und stelle zugleich einen neuen Antrag.  
Anschließend wird die Sitzung um 15.12 Uhr für eine weitere Beratung unterbrochen.  
Für die Dauer der Beratung verläßt der AST wiederum den Sitzungssaal.  
Um 15.13 Uhr wird die Sitzung in Anwesenheit des AST fortgesetzt.  
Dem AST wird die anerkennende Entscheidung des Ausschusses verkündet...  
Ende der Verhandlung 15.14 Uhr. Ende des Diktates."



# WUB-Buchtip

Gesine Wagner,  
**Im Feuer ist mein Leben  
verbrannt ... Briefe,  
Tagebuchaufzeichnungen,  
Dokumente**

GTB 572 9,80 DM  
Besprochen von Joachim Ziegenricker, Hamburg

Bei einem Formationsflug von fünf kanadischen Starfightern stürzte eine Maschine ab und explodierte. Der Pilot rettete sich mit dem Schleudersitz, die fünfköpfige Pfarrersfamilie Martin Jürges, die auf dem Weg in den Odenwald war, verbrannte. 81 Tage nach dem Absturz starb die einzige Überlebende, Gesine Wagner. Gesine hatte 85% Verbrennungen III. und IV. Grades erlitten. Sie war 19 Jahre alt. Ort dieses schrecklichen Ereignisses war ein Tag der Offenen Tür auf der US-Air-Base in Frankfurt zu Pfingsten 1983. Zu der Schau waren an die 400 000 Menschen gekommen.

Zahlreiche Proteste aus dem In- und Ausland und die Bemühungen der Hessischen Landesregierung, die Schauläufe von Militärmaschinen zu verhindern, sind bis heute erfolglos geblieben. Es wird weiter geflogen und weiter zugeschaut – die Bürger hätten ein Anrecht darauf zu erfahren, wie die Aufwendungen für Verteidigung in Leistung und Fähigkeiten umgesetzt würden – so die Hardthöhe laut Frankfurter Rundschau vom 20.8.1986 an die Landesregierung. Der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium hatte bereits drei Tage nach dem Absturz vor dem Bundestag erklärt, daß auf derartige Schaulufttage „grundsätzlich nicht verzichtet werden“ könne. „Sie entsprechen auch dem ausdrücklichen Willen der Bevölkerung“ (dpa 26.5.1983). Ob man unter diesen Umständen dem „ausdrücklichen Willen der Bevölkerung“ unbedingt folgen muß, erscheint mir zweifelhaft. Sicher ist allerdings, daß die Schaulust der Bevölkerung trotz dieses Unglücks, dessen Wiederholung durchaus denkbar ist, bis heute ungebrochen ist. Junge Menschen, die anlässlich derartiger Veranstaltungen protestierten, wurden von ihren deutschen Landsleuten im Jargon der Nazis beschimpft – „Saublöde Chaoten, Stecht sie alle ab, Vergasen“ – von den amerikanischen Soldaten dagegen wurden sie einigermaßen respektiert.

Das Buch ist ein wichtiges Buch. Es erleuchtet Teile der geistigen Landschaft unserer Gesellschaft. Es macht auch deutlich, wie moralische Fragen mancherorts gewichtet werden. Nachdenklich macht auch der Briefwechsel von Pfarrer Wagner mit dem Bundesminister der Verteidigung und dem Parlamentarischen Staatssekretär.

Erschüttert legt man das Buch aus der Hand – es ist das Zeugnis vom Leiden

und Sterben eines liebenswerten, hoffnungsvollen jungen Menschen, der noch unter uns sein könnte, wenn es diese Schau nicht gegeben hätte. In unserem Aufbegehren gegen diese Sinnlosigkeit richtet das Buch aber unsere Aufmerksamkeit auf die Gemeinschaft des Leidens und des Mitleidens, auf die Hoffnung des Glaubens, die in Schmerzen und Verzweiflung aufleuchtet – und die Verpflichtung für uns Überlebende, alle Kräfte einzusetzen, daß unsere Welt den Frieden gewinnt.

John H. Yoder (Hrsg.)

## „Was würden Sie tun?“

Analysen und Texte zu einer Standardfrage an Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer (mit Beiträgen von Leo Tolstoi, Joan Baez, u.a.), Taschenbuch, 99 S., DM 12,80, AGAPE-Verlag, ISBN-Nr. 3-88744-004-8.

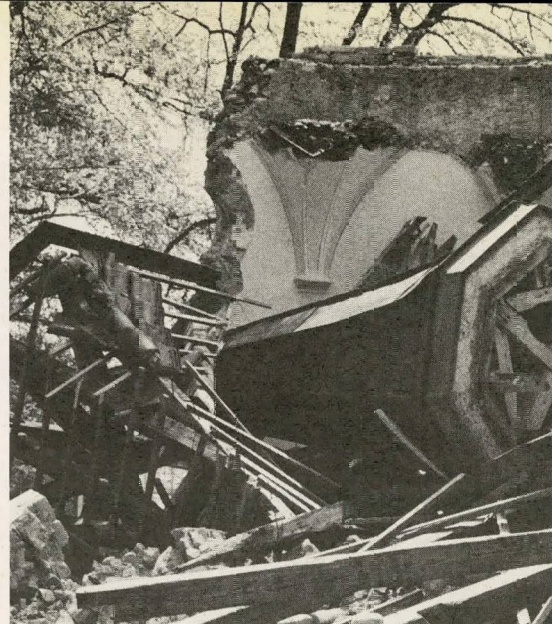
Besprochen von Peter Künzel, Neuwied.

John Yoder ist einer der bekanntesten Vertreter friedenskirchlicher Theologie und Praxis. Er ist Mennonit und Theologieprofessor in den USA. Das Taschenbuch bietet dem Leser einen Einstieg in die Problematik der Frage nach dem Gewissen des Einzelnen – es gibt den Christen unter uns mögliche Antworten an die Hand, z. B. auf die Frage: „Was würden Sie tun, wenn ...“

Durchaus gelungen erscheint auch der Mittelteil des Buches, worin verschiedene berühmte Autoren, wie z. B. Leo Tolstoi, Antworten auf die Standardfrage geben, und die christliche Wehrlosigkeit und Haltung der Pazifisten in verschiedenen Spannungsfällen des Lebens dem Evangelium und der Bibel gegenüberstellen; mögliches eigenes Verhalten und Handeln könnte daraus erwachsen.

Im letzten Teil des Buches fragt der Autor: „Aber funktioniert es auch?“ (also das mit der christlichen Kriegsdienstverweigerung überall auf der Welt).

John Yoder analysiert die Logik der Frage und die Denkvoraussetzungen im Kopf des Fragestellers. Die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten werden gegeneinander abgewogen und ethisch bewertet. Das Taschenbuch wirkt auch dadurch so anschaulich und lebendig auf den Leser, weil das wirkliche Leben in



Die Kapelle St. Koloman, Weipertshausen, nach Überflug mehrerer Tiefflieger.

Foto M. Storz

persönlichen Erlebnisschilderungen und authentischen Beispielen gewaltfreier Konfliktlösungen zu Wort kommt.

Das Buch ist sehr zu empfehlen für die christliche Jugendarbeit, den Religionsunterricht und besonders für den jungen Kriegsdienstverweigerer und Antragsteller.

## Disziplinarrecht im Zivildienst

... so lautet der Titel einer 52-seitigen Broschüre, die der DFG-VK Landesverband Baden-Württemberg herausgegeben hat und die sicherlich für alle (angehenden) Zivildienstleistenden eine wichtige Hilfe darstellt.

Bearbeitet wurde das Heft von Werner Forkel, einem der beiden Verfasser des Standardwerkes „Grundsatzurteile zur KDVG“. Es kostet 2,50 DM und kann bestellt werden bei der:

DFG-VK, Alberichstr. 9,  
7500 Karlsruhe 21

Der Bestellung bitte 3,50 DM (einschl. Porto) beilegen. Organisationen und Gruppen erhalten bei Abnahme größerer Mengen einen Rabatt.





G. M. Gilbert,  
**„Nürnberger Tagebuch –  
 Gespräche der Ange-  
 klagten mit dem  
 Gerichtspsychologen“**,  
 Fischer Taschenbuch 1885, 453 S.,  
 10,80 DM.

Der folgende Auszug aus diesem Buch ist ein Teil des Gespräches von M. Gilbert mit Hermann Göring:

Wir kamen dann wieder auf das Kriegsthema, und ich sagte, daß ich glaubte, im Gegensatz zu seiner Einstellung sei das einfache Volk nicht sehr dankbar für Führer, die ihm Krieg und Zerstörungen bescheren.

„Nun, natürlich, das Volk will keinen Krieg“, sagte Göring achselzuckend. „Warum sollte irgendein armer Landarbeiter im Krieg sein Leben aufs Spiel setzen wollen, wenn das Beste ist, was er dabei herausholen kann, daß er mit heilen Knochen zurückkommt. Aber schließlich sind es die Führer eines Landes, die die Politik bestimmen, und es ist immer leicht, das Volk zum Mitmachen zu bringen, ob es sich nun um eine Demokratie, eine faschistische Diktatur, um ein Parlament oder eine kommunistische Diktatur handelt.“

„Nur mit einem Unterschied“, entgegnete ich. „In einer Demokratie hat das Volk durch seine gewählten Volksvertreter ein Wort mitzureden, und in den Vereinigten Staaten kann nur der Kongreß einen Krieg erklären.“

„Oh, das ist alles gut und schön, aber das Volk kann mit oder ohne Stimmrecht immer dazu gebracht werden, den Befehlen der Führer zu folgen. Das ist ganz einfach. Man braucht nichts zu tun, als dem Volk zu sagen, es würde angegriffen, und den Pazifisten ihren Mangel an Patriotismus vorzuwerfen und zu behaupten, sie brächten das Land in Gefahr. Diese Methode funktioniert in jedem Land.“

(Der Kommentar von ZDL Ulrich Metzendorf aus Hamburg, der uns diesen Beitrag aus „DIE ZEIT“ v. 1.8.86 zugeschickt hat: „Ebenso denkwürdig wie aktuell. Zum Fürchten!“)

## Deutschland, Deutschland...

Aus einem Leserbrief im Stader Tagblatt vom 17.7.86:

Um weiteren Tumulten und Streitereien um Umfang, Text und Bedeutung der Originalfassung des Liedes zu entgehen, schlage ich als Denk-Anstoß folgende zeit- und zielgemäße Neuvertextung vor:

**Lied der (friedlichen) Deutschen**  
 Deutschland, Deutschland ohne Waf-  
 fen,

ohne Rüstung in der Welt!  
 So woll'n wir den Frieden schaffen,  
 der die Zukunft uns erhält.  
 And're Völker soll'n nie schauen  
 voller Angst auf unser Land;  
 aller Achtung und Vertrauen  
 sind des Glückes Unterpfand!

(Uwe Inderfurth, Himmelpforten)

Probenfoto  
 „Oscar Romero“



## Neues Theaterstück: „Oscar Romero“

Die Berliner Theatertruppe „Berliner Compagnie“ hat beim ‚Kirchentag von unten‘ in Aachen am 10. Sept. 86 ein neues Theaterstück über den ermordeten Erzbischof von El Salvador, Oscar Romero vorgestellt. Das Stück soll nun auf mehreren Tournéeen im Bundesgebiet und im deutschsprachigen Ausland zu sehen sein.

Die Berliner Theaterleute versuchen in ihrer Inszenierung das Kräfteverhältnis aufzuzeigen, in dem dieser mutige Kirchenmann gelebt hat. Das Stück zeigt die dramatische Entwicklung auf, die das Leben Romeros vom Tag seiner Amtseinführung an bestimmte und ihn zur Stimme der Wahrheit in der Lügenwelt der Militärdiktaturen werden ließ.

Es ist die Entwicklung eines eigentlich konservativen Christen, dem im Lichte der sozialen und politischen Wirklichkeit die radikalen Konsequenzen des Evangeliums aufgehen.

Am 24. März 1980 wurde Oscar A. Romero während der Predigt in seiner Kathedrale von einem Geheimpolizisten erschossen.

Wer Näheres über das Stück und die Theatergruppe wissen will oder wer an der Vermittlung eines Gastspieltermes interessiert ist, der wende sich an:

Berliner Compagnie  
 Bernhard Broschkowski  
 Dernburgstr. 57  
 1000 Berlin 19

## Themenvorschau WUB 4/86

**Pazifismus – (k)ein Thema  
für die „Dritte Welt“?**

- Kriegsdienstverweigerer in Südafrika
- Rüstungsexport
- KDV - International
- und:

**Die WUB wird 15!**

Das genaue Geburtsdatum ist der 1.11.1971  
 Zum Geburtstag wünscht sich unser Fräulein  
 keine Lehrstelle, sondern eine Planstelle für  
 ihren Redakteur (nett von ihr, W.S.). Sich  
 selbst wünscht sie Gesundheit und viele inte-  
 ressierte Leser. (Über Geburtstagsgrüße und  
 Glückwünsche für's neue Lebensjahr würde  
 sie sich sehr freuen!)



# RÜSTZEITEN/ WERK- WOCHEN

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern.

Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfaden E 5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu 200 km (einfache Strecke) erstattet.



Hiermit bestelle ich wub bis auf Widerruf.

Ein Jahres-Abonnement kostet DM 10,-  
(4 Hefte einschl. Versand)

Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für das laufende Kalenderjahr.

\_\_\_\_\_  
(Name, Vorname)

\_\_\_\_\_  
(Straße, Hausnummer)

\_\_\_\_\_  
(PLZ, Ort)

\_\_\_\_\_  
(Datum, Unterschrift)

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim WUB-Vertrieb, (Adresse, s. unten) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

\_\_\_\_\_  
(Datum, Unterschrift)

Bitte ausschneiden und senden an:

Büro Pfarrer Helmut Schlüter  
Vertrieb „was uns betrifft“  
Kartäusergasse 9 · 5000 Köln 1

27.10. – 31.10.1986

3.11. – 7.11.1986  
24.11. – 28.11.1986  
**Anmeldeformulare:**

21.11. – 23.11.1986

1.12. – 5.12.1986  
**Anmeldeformulare:**

3.11. – 7.11.1986

3.11. – 7.11.1986  
24.11. – 28.11.1986  
1.12. – 5.12.1986  
**Anmeldeformulare:**

10.11. – 14.11.1986

15.12. – 19.12.1986

**Anmeldeformulare:**

24.11. – 29.11.1986

**Anmeldeformulare:**

3.11. – 7.11.1986

1.12. – 5.12.1986  
**Anmeldeformulare:**

24.11. – 28.11.1986

**Anmeldeformulare:**

19. 1. – 23. 1.1987

26. 1. – 30. 1.1987

23. 2. – 27. 2.1987

**Anmeldeformulare:**

27.10. – 31.10.1986

10.11. – 14.11.1986  
8.12. – 12.12.1986  
**Anmeldeformulare:**

24.11. – 28.11.1986

**Anmeldeformulare:**

## Baden:

Neckarzimmern: Soziale Verteidigung – die Alternative der KDVer  
Neckarzimmern: Musik und Kabarett zu Krieg und Frieden  
Ludwigshafen/Bodensee: Bibel, Kirche, Pazifismus.  
Kurt Kern und Theodor Ziegler, Amt für Jugendarbeit,  
Postfach 2269, 7500 Karlsruhe 1,  
Telefon (07 21) 16 83 33 und 16 83 27

## Bayern

Thannhausen: Wochenende für Werkwochenteilnehmer –  
Erinnerungen an Vergangenheit und Zukunft  
Rödelsee-Schwanberg/Ufr.: Adventsmeditation  
Wolfgang Langenbach, Gudrunstr. 33, 8500 Nürnberg 40,  
Telefon (09 11) 43 04-238

## Hessen-Nassau

Mauloff: Spielräume – oder: Zivildienst zwischen Traum  
und Wirklichkeit. Theaterwerkstatt  
Rieneck: „Ernstfall Frieden“, für ZDL und Soldaten  
Höchst/Odw.: Umgang mit Kranken und Sterbenden  
Höchst/Odw.: Einführung in Gewaltfreie Aktion  
Reinhard Becker, Kiesstraße 18, 6100 Darmstadt  
Telefon (0 61 51) 4 40 88

## Kurhessen-Waldeck

Niedenstein: Friedenslieder mit Jan Vering (Gesang)  
und Werner Hucks (Gitarre)  
Bad Hersfeld: Frieden und Gerechtigkeit – Wir und  
die „Dritte Welt“  
Arbeitsstelle KDV + ZDL, Emmerichstr. 20 A, 3500 Kassel,  
Telefon (05 61) 77 74 25

## Niedersachsen

Spiekeroog: Theologie der Befreiung – Was können wir  
von den südamerikanischen Basisgemeinden lernen?  
Günther Reinboth, Archivstraße 3, 3000 Hannover 1,  
Telefon (05 11) 12 41-469/468  
Bückerburg: Einführung in Theorie und Praxis der Gewaltfreien  
Aktion und Sozialen Verteidigung  
Bückerburg: Auf der Suche nach dem Sinn des Lebens  
Ökum. Begegnungszentrum – Internat. Freundschaftsheim,  
Weinberg 10, 3062 Bückerburg,  
Telefon (0 57 22) 2 50 47

## Nordelbien

Koppelsberg: Frust und Resignation und der Sinn des Lebens  
Martin Hennig, Hirschgraben 25, 2000 Hamburg 76,  
Telefon (0 40) 25 88 81

## Rheinland

Radevormwald: Spiele für Frieden und Entwicklung  
Neunkirchen/Saarl.: Bewegung – Theater  
Radevormwald: Einführung in gewaltfreies Handeln  
Pfr. Helmut Schlüter/Wolfgang Schürmann, Kartäusergasse 9,  
5000 Köln 1, Telefon (02 21) 32 24 00

## Westfalen

Villigst/Schwerte: Faschismus in der eigenen Umgebung –  
damals und heute  
Villigst/Schwerte: Psychiatrie – Irren ist menschlich  
Villigst/Schwerte: Rüstzeit für Vertrauensleute  
Beratungsstelle der EKiw für KDV und ZDL,  
Haus Villigst, Forstweg 2, 5840 Schwerte 5,  
Telefon (0 23 04) 75 52 30

## Württemberg

Beilstein: Die Bergpredigt – christliche Gewaltfreiheit  
und ihre Bedeutung für den Frieden  
Büro des Beauftragten der württembergischen Landeskirche  
für KDV und ZDL, Rosenbergstraße 45, 7000 Stuttgart 1,  
Telefon (07 11) 62 81 49

